

2013-09-16

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Stadtrates am 28.08.2013

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Anhaltisches Theater, Friedensplatz 1a

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 39**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim
Trocha, Harald

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf
Gebhardt, Udo
Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde
Lohde, Jacqueline
Weber, Ralf-Peter, Dr.

Fraktion der FDP

Maloszyk, Rainer

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sondersitzung des Stadtrates wurde durch seinen Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner, eröffnet, wobei er auf das besondere Thema und den besonderen Ort, nämlich das Anhaltische Theater Dessau, verwies. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums und dessen Beschlussfähigkeit mit derzeit 39 Stimmberechtigten fest.

2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Im Namen der **CDU-Fraktion**, stellte **Herr Rumpf** den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5.1 - „Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11)...“ von der Tagesordnung zu nehmen. Begründend verwies er darauf, dass die Ausschüsse zu diesem Thema noch beraten sollen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, beanstandete, dass heute erst Austauschunterlagen zur bestehenden Beschlussvorlage ausgereicht wurden und stellte die Frage, warum diese nicht vorher ausgereicht wurden, um Vergleiche anstellen zu können. Er beantragte die Durchführung einer 15-minütigen Auszeit.

Es handelt sich um marginale Änderungen, die nach den Gesprächen mit den Vertretern des Kultusministeriums notwendig wurden, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Herr Prof. Haselbach werde diese erläutern.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, das Hauptanliegen der heutigen Veranstaltung sei, ein deutliches Zeichen aus der Stadt Dessau-Roßlau bezüglich des Anhaltischen Theaters zu setzen. Da die Stadtverwaltung es für erforderlich hält, zum Brückenbauwerk 11 aus Zeitgründen eine Vorlage einzureichen, habe sie dazu das Recht und er bitte um eine entsprechende Begründung. Es gehe um die Sache und nicht um taktische Argumente.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass 2 Anträge zur Änderung der Tagesordnung vorliegen. Vor der Abstimmung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1 bat er Herrn Beigeordneten Hantusch um seine Erklärung.

Den Stadträten sei bekannt, weshalb die Vorlage heute vorgelegt wurde, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Bei der Ausschreibung gab es Schwierigkeiten im Rahmen eines Einspruchverfahrens. Allerdings sei er über den Vorstoß der CDU-Fraktion erstaunt, weil er davon ausgegangen ist, dass es über die Fraktionen hinweg eine Einigkeit gibt, so schnell wie möglich diese Brücke zu bauen.

Man habe sich intensiv mit den Ministerien, dem Landesverwaltungsamt und anderen Institutionen ins Benehmen gesetzt, um die vorliegende Beschlussvorlage zu erzeugen. Diese Gespräche waren nicht einfach, da es um die Substitution von 8 Mio. € ging und man habe auch immer den Zeitdruck angeführt. Sollte die Vorlage jetzt von der Tagesordnung genommen werden, mache das einen sehr schlechten Eindruck, wenn wir einerseits den Ministerien gegenüber den Zeitdruck für die Ersatzbrücke anführen, uns andererseits jetzt aber 6 Wochen Zeit nehmen. Bei diesen 6 Wochen bleibe es vielleicht auch nicht, weil wir die Ausschreibung fertig haben, wir

haben den Förderantrag modifiziert und wir kommen dann, wenn es erst im Oktober in den Stadtrat geht, in den Winter, so dass letztendlich auch hier Risiken entstehen.

Die Muldebrücke ist nicht endlos haltbar, gab **Herr Hantusch** zu bedenken. Insofern bat er, die Absetzung von der Tagesordnung zu überdenken. Der Beschluss wurde eingebracht, obwohl es sicher einige Risiken gibt, aber man habe schriftlich vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr bekommen, dass der vorzeitige Maßnahmebeginn gilt. Darüber hinaus gebe es ein Schreiben des Finanzministeriums, dass dieser vorzeitige Maßnahmebeginn nur dann ausgereicht werden soll, wenn auch die berechnete Förderung dieses Vorhabens im Raum steht. So besteht zwar ein Risiko, aber letztendlich nicht in der Form, wie es hier teilweise gesehen wird. Was die Verwaltung tut, tue sie für die Bürgerinnen und Bürger, für den Handel und die Unternehmen. Deshalb bitte er eindringlich darüber nachzudenken, ob wir noch einmal eine Verzögerung aufs Spiel setzen.

Bevor **Herr Dr. Exner** den Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1 und Verweisung in die zuständigen Ausschüsse, insbesondere den Hauptausschuss zur Abstimmung brachte, verwies **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, darauf, dass man sich in der Fraktion die Stellungnahme zu diesem Thema nicht leicht gemacht habe. Man habe damit massive Probleme. Die Vorlage weise bei der Einnahmeplanung ein Risiko im Umfang von rund 10,2 Mio. € aus, bei Eigenmitteln der Stadt, die bereits in die Planung eingestellt sind, sind es rund 2 Mio. €. Wenn es in diesem Beschluss keine Aussage gibt, wie auch nur Teile dieser 10,2 Mio. € durch den kommunalen Haushalt in den Jahren 2014/2015 aufgefangen werden, sich also auch nur ein Teil des Risikos relativiert, stelle sich die Frage, wie dann ein solcher Beschluss gefasst werden soll. Es werde ein Loch beschlössen, ohne ansatzweise eine Aussage dazu zu treffen, wie wir dieses Loch stopfen.

Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn sei nur insoweit relevant, als das es unschädlich ist, wenn wir tatsächlich vorzeitig mit der Umsetzung beginnen. Es gebe aber keine verbindliche und abschließende Aussage über den Umfang der zu bewilligenden Mittel. Anders als von Herrn Hantusch dargestellt, sei das Risiko nicht irrelevant, was den Umfang angeht. Er bitte um Aussagen im Vorfeld, wie die 10,2 Mio. € oder Teile davon gedeckt werden könnten. Die Stadt könne keine Ausschreibung nach außen beginnen, wenn die Finanzierung im Hinterland nicht gesichert ist.

Man sei momentan bei der Frage der Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1, betonte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. An dieser Stelle könne nicht in die Diskussion des Tagesordnungspunktes selbst eingetreten werden.

Der **Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1** wurde zur Abstimmung gebracht und in der Folge mehrheitlich (16:21:02) **abgelehnt**.

Bezüglich seines Antrages auf eine 15-minütige Auszeit erklärte sich **Herr Otto** einverstanden, dass die eingearbeiteten Änderungen im entsprechenden Tagesordnungspunkt erläutert werden, wie es Herr Dr. Exner ankündigte. Dennoch sei es keine Art und Weise, solche Dinge auf den Tisch zu legen ohne die Änderungen kenntlich zu machen. Daher bleibe es bei seiner Kritik.

Die Tagesordnung wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt (32:04:03).

3 Einwohnerfragestunde

Seitens der Bürger wurden keine Anfragen gestellt.

4 Resolution zum Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau

Herr Oberbürgermeister Koschig verwies eingangs seiner Ausführungen darauf, dass in Dessau nächst Bayreuth die Wagnersche Kunst am treuesten und stilvollsten gepflegt wird. So urteilte einst Cosima Wagner über die hohe künstlerische Qualität des herzoglichen Hoftheaters und seine Hofkapelle. Es war ein Dessauer, der am 16. August 1876 erstmals Siegfrieds Horn erschallen ließ. 12 Hofmusiker waren bei den ersten Bayreuther Festspielen beteiligt. Die ständige Mitwirkung von Dessauer Musikern war um die Jahrhundertwende zur Tradition in Bayreuth geworden.

Heute ist das Classik Open Air Festival in Berlin ohne die Anhaltische Philharmonie undenkbar. Die Weltstars wechseln auf der Bühne, unser Orchester bleibt Jahr für Jahr gefragt.

Kurz nach dem Tode des großartigen August Klughardt würdigte die Magdeburger Zeitung den „Ring“ der Spielzeit 1903/1904: „Der große Stil, in dem der unsterbliche Bayreuther in Dessau gegeben wird, ist ja längst über Anhalts Grenzen hinaus bekannt und Mikorey, der neue Hofkapellmeister, hat den Glanz der Dessauer Hofbühne gleichfalls vermehrt.“

Das dürfen wir getrost auch von vielen Nachfolgern Mikoreys, wie Knappertsbusch, Röttger bis hin jetzt erst recht von unserem Generalmusikdirektor Antony Hermus behaupten. Der „Ring“ der Bauhausstadt greift die Tradition unseres Hauses als Bayreuth des Nordens beherzt auf und setzt mit der Auseinandersetzung mit der Bauhausbühne und den Figuren Schlemmers eigene und im Wagner-Jubiläumsjahr deutlich wahrnehmbare Akzente. Ein großes Publikum nimmt diesen, unseren Dessauer Beitrag begeistert auf und schert sich nicht um die Kritik, was uns einfiel, überhaupt den „Ring“ aufzuführen.

Innovativ und kreativ war das Haus zu allen Zeiten. Herr OB Koschig ging auf die Dessauer Inszenierung des „Lohengrin“ im Jahr 1886 ein. Vermutlich erstmalig in ganz Deutschland wurde elektrisches Licht für die Bühnenbeleuchtung genutzt. Die deutsche Kontinentalgasgesellschaft hat unter Leitung von Wilhelm Oechelhaeuser, Gründer der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft, nach Berlin das zweite Elektrizitätswerk auf deutschem Boden errichtet und als erstes das Hoftheater mit einer elektrischen Lichanlage ausgerüstet.

Der jüngste Dessauer Lohengrin 2009/2010 von Andrea Moses war sogar für den Faust nominiert. Diese Aufzählung könne Herr Koschig noch lange fortsetzen und von Franz Liszt und Nicolo Paganini bis hin zur unvergesslichen Gala mit Leo Nutschi erzählen, aber all das wäre ohne entsprechende Finanzierung unseres Theaters nicht möglich gewesen. Gesellschaftliche Umbrüche stellen sie zwar immer wieder in Frage, stets fand sich aber eine Lösung zur Sicherung der künstlerischen Arbeit in der alten Residenz- und Hauptstadt, in der Bauhausstadt, in der sozialistischen Großstadt, wie auch im dritten Oberzentrum des Landes Sachsen-Anhalt. Nun stehe sie aber dramatisch in Frage, was heute zu dieser Sondersitzung des Stadtrates geführt habe.

Seinen herzlichen Dank sprach **Oberbürgermeister Koschig** allen Bürgerinnen und Bürgern, allen Theaterfreunden aus, die heute hierher gekommen sind, gemeinsam mit dem Stadtrat und der Verwaltung für unser Anhaltisches Theater einzustehen. Die gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss eingebrachte Beschlussvorlage beinhaltet im Kern eine Resolution zum Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau, um deren Annahme er die Stadträte schon jetzt bitte.

Es war für Vater Franz selbstverständlich, dass die Bossansche Gesellschaft ein regelmäßiges Salär zu erhalten hat, wenn sie als festes Theaterensemble am Ort tätig ist. 350 Taler monatlich erhielt sie aus der fürstlichen Kasse, nicht gerade üppig, aber besser als das unstete und finanziell unsichere Wanderleben auf dem Thespiskarren. Zur Sicherung und Fortsetzung des Theaterbetriebes gründete Herzog Joachim Ernst die Theaterstiftung und dotierte sie mit Gütern und Fürsten - Herr Oberbürgermeister Koschig hieß Herrn von Anhalt herzlich willkommen und dankte ihm, dass er heute an dieser Sondersitzung des Stadtrates teilnimmt. Die Einkünfte der Stiftung genügten nicht ganz, weshalb der Freistaat Anhalt 2/3 und die Landeshauptstadt 1/3 der Defizitfinanzierung übernahmen. Die Theaterstiftung wurde 1951 vom Land Sachsen-Anhalt entschädigungslos enteignet. Im Gegenzug wurde aber die 100-%ige Finanzierung des Theaters übernommen, das deshalb auch die Bezeichnung Landestheater Dessau trug. Das Land Sachsen-Anhalt hat nach der politischen Wende diese Stiftung nicht wieder errichtet, woraus sich schon eine besondere Verpflichtung des Landes zur Finanzierung unseres Theaters ableitet.

Da das Land nun in drastischer Weise die finanziellen Zuwendungen kürzen will, man rede von minus 36 % und das Kultusministerium immer wieder betont, dass es diese Verpflichtung nicht erkennen kann und will, weist die Beschlussvorlage zwei Teilbeschlüsse auf, die auf die Geschichte und Bedeutung dieses Hauses für das Land Sachsen-Anhalt abzielen. Herr Oberbürgermeister Koschig zitierte: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Rechtsgutachten zum Status des Anhaltischen Theaters Dessau als Staatstheater zu erstellen oder erstellen zu lassen und ergänzend und behelfsweise wird die Stadtverwaltung beauftragt, gegenüber dem Land klarzustellen, dass es sich bei der Finanzierungsförderung des Theaters tatsächlich um eine institutionelle Förderung handelt, deren Abschmelzen nur in berechenbaren Schritten zulässig wäre.“ Da dies auch auf andere Theater zutrifft, werde er am nächsten Montag die Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt nutzen, um dies im Spitzenverband anzusprechen.

In seinen Ausführungen fortfahrend, merkte **Herr OB Koschig** an, der Träger des Theaters, die Stadt Dessau-Roßlau, hat eigene Probleme. Sie schrumpft wie viele andere Städte auch und das nicht nur im Osten. Damit gehe eine Abnahme der Steuerkraft einher, auch die allgemeinen Zuweisungen sinken. Deshalb müsse sich die Stadt über die Zukunft der Theaterfinanzierung Gedanken machen.

Neben dem Staatstheaterprinzip, gleich, ob nur das einzig wirklich historische Staatstheater im Lande - Dr. Haseloff habe hier einmal gesagt, wenn es in Sachsen-Anhalt ein Staatstheater gebe, dann hier in Dessau - oder ein großes mit 3 Standorten in den Oberzentren, wäre auch eine Umlandfinanzierung denkbar. Wir sind Herrn Kultusminister Dorgerloh sehr dankbar, dass er den Kulturkonvent ins Leben gerufen hat. Wir haben in diesem Zusammenhang sehr schweren Herzens einem Moratorium der Theaterfinanzierung des Landes für ein Jahr, sprich für die geplante Dauer der Konventarbeit zugestimmt. Schließlich lief unser Haustarifvertrag aus, was wir auch dem Ministerium mitteilten, wie überhaupt Kultus über alle unsere Schritte informiert

war und ist. Wir haben die Arbeit des Konvents stark unterstützt und begrüßen auch die Ergebnisse. Herr Koschig dankte allen Akteuren, den beteiligten Landtagsabgeordneten und ganz speziell Herrn Burghausen für ihre engagierte Arbeit im Kulturkonvent.

Die Empfehlungen zielen auch auf den Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau als Vierspartenhaus, denn mit der Aufstockung des Theaterbudgets des Landes und der Definition und Etablierung von Kulturregionen könnte die Finanzierung unseres wie auch aller übrigen Theater nachhaltig gesichert werden. Das setzt ein Landeskulturkonzept voraus, das die Versorgung unserer Kulturregionen mit einem Vierspartenhaus im Rahmen der kulturellen Daseinsfürsorge festschreibt. Dass das Anhaltische Theater das Theater der Region ist, beweisen Zuspruch wie auch Kennzahlen. Während die Häuser in Halle und Magdeburg von jeweils etwa 0,75 Besuchern pro Einwohner aufgesucht werden, sind es bei uns 1,75. Unser Theater wurde für eine Stadt mit 300.000 Einwohnern gebaut. In unserer Kulturregion leben etwa 400.000 Einwohner. Daher die Forderung nach einem tragfähigen und nachhaltigen Kulturkonzept des Landes in der Resolution.

Um gut vorbereitet in die Theaterverhandlungen gehen zu können, habe die Stadt im vergangenen Jahr mit der ICG, hier begrüßte der Oberbürgermeister Herrn Professor Haselbach, ein Beratungsunternehmen gebunden, das verschiedene Szenarien untersucht. Bevor man aber über die Ergebnisse mit Mitgliedern des Stadtrates ins Gespräch kommen und über Eckdaten der neuen Theaterförderperiode aus städtischer Sicht verständigen konnte, schlugen die Kürzungsabsichten der Landesregierung wie eine Bombe ein und verunsichern inzwischen die gesamte Kulturlandschaft unseres Landes. Sind die Kürzungen an sich schon schlimm genug, so werden sie zur konzeptlosen Maßlosigkeit, da sie schon ab 1. Januar 2014 umgesetzt werden sollen. Damit wird negiert, dass man sich in einer laufenden Spielzeit befindet, die auch schon frühzeitig vorbereitet war. Damit werde negiert, dass es einen Haustarifvertrag gibt, der natürlich auch nachschwingt. Damit werde aber auch eine sinnvolle Strukturanpassung negiert und selbst wenn eine solche zustande käme, fehlt dafür ein hinreichend ausgestatteter Strukturanpassungsfonds. Strukturanpassungen erfordern Zeit und Geld. An beidem fehlt es im Beschluss der Landesregierung, weshalb in der Resolution ein Strukturanpassungsfonds und vor allem eine Entschleunigung des gegenwärtigen Prozesses gefordert werden.

Wir sind alle bereit, angemessene Lösungen für den Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau zu suchen und strecken dazu auch die Hand aus zu jeder Form von Kooperation, die hilft, dieses Theater und sein wunderbares Ensemble zu tragen, die hilft, die Theaterlandschaft in unserem Lande zu erhalten und zu fördern.

Unser Land kann mit seiner reichen Kultur viel Staat machen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, brauchen aber Zeit und angesichts der abgebrochenen Gespräche zwischen unserem Gutachter und der Arbeitsebene im Kultusministerium schauen wir nun auf unseren Landtag. An die Abgeordneten des Landtages Sachsen-Anhalt richtete Herr OB Koschig die Worte, sie sollen nicht zulassen, dass eine gemessen am Gesamthaushalt kleine Summe einen nicht wieder gut zu machenden Schaden am Image der Stadt und des Landes verursacht. Noch ist es erst 5 vor 12. Die Abgeordneten haben es in der Hand, sie sollten den Empfehlungen des Kulturkonvents folgen und sich damit um die Kultur in diesem Land verdient machen und den Prozess entschleunigen, denn auch sie werden dafür Zeit brauchen.

Zum Schluss zitierte **Herr Oberbürgermeister Koschig** Johann Wolfgang von Goethe, der am 23. Oktober 1828 gegenüber Johann Peter Eckermann bemerkte: „Gesetzt, wir hätten in Deutschland seit Jahrhunderten nur die beiden Residenzstädte Wien und Berlin oder gar nur eine, da möchte ich doch sehen, wie es um die deutsche Kultur stünde, ja, auch um einen überall verbreiteten Wohlstand, der mit der Kultur Hand in Hand geht.“

Abschließend merkte Herr Koschig an, der Gutachter sei beauftragt worden, die Folgen der Kürzungspläne zu untersuchen. Er bat deshalb Herrn Prof. Haselbach um seine Ausführungen und auch um Anmerkungen zu den marginalen Änderungen in dem Papier.

Herr Professor Haselbach von der Integrated Consulting Group bezog sich in seiner Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse auf die Landeskonzeption zur Theaterförderung sowie auf die Szenarien für das Anhaltische Theater und ging auf die angesprochenen Änderungen ein.

Eckwerte der Landeskonzeption Theater

Für das Theater Dessau sieht die Landeskonzeption 2014 eine Kürzung um 3,1 Mio. € vor, was eine Kürzung auf 5 Mio. € sei. Für Halle gebe es ähnliche, für Magdeburg keine Kürzungsvorstellungen. Das Land habe die Vorstellung, dass es trotz dieser Kürzungen möglich ist, das Musiktheater und Orchester in Dessau zu erhalten. Der Landeszuschuss soll bis 2019 nicht dynamisiert werden, d. h. Kostensteigerungen müssen entweder aus dem Theater erbracht werden oder von der Stadt Dessau-Roßlau. Eine weitere Vorstellung im Land, die Prof. Haselbach jedoch richtig finde, sei, dass Haustarifverträge in Theatern in Sachsen-Anhalt aufgelöst werden sollen. Weiterhin habe das Land angekündigt, einen Anpassungsfonds einzurichten, allerdings dessen Höhe bedeckt gelassen.

Gutachterliche Anmerkungen zur Landeskonzeption

Die Umsetzung des Landesziels, Musiktheater und Orchester zu erhalten, werde der Stadt überlassen. Dieses Ziel ist mit dem derzeitigen Zuschussniveau nicht erreichbar. Im kommunalen Haushalt führt das zu einer dramatischen Kostensteigerung.

Berechnungen aufgrund folgender politischer Vorgaben

Bezüglich Kabinettsentscheidung wird der Landeszuschuss ab 2014 auf 5,2 Mio. € reduziert. Als Vorgabe der Stadt Dessau-Roßlau wird der kommunale Zuschuss auf 8,0 Mio. € festgeschrieben. Rückkehr 2014 zum Flächentarif, denn Haustarife sind grundsätzlich zeitlich zu begrenzen und dies ist auch Landeswunsch.

Fortschreibung des bestehenden Betriebes unter den genannten Vorgaben

Das Theater habe im Bestand keine Möglichkeiten, den Betrieb günstiger zu machen, weil eigene Konsolidierungsleistungen schon erbracht worden sind. Es wurde untersucht, welche Lücke durch den Landesbeschluss, durch die Aufhebung des Haustarifs und durch zu erwartende Kostensteigerungen entsteht. Es wurde errechnet, wie viel Geld wird zur Fortführung des bisherigen Betriebes dem Theater fehlen, wo die Jahre 2014 bis 2019 dargestellt sind und eine steigende Finanzierungslücke aufweisen. Wird das Theater fortgeführt wie bisher, benötige es einen Zuschussbedarf 2014 in Höhe von 5,1 Mio. €. Solange der Haustarif weiter gilt, ist die Finanzierungslücke 2014 um 2,1 Mio. € niedriger. Auf dieses Geld verzichten die Mitarbeiter derzeit gegen Arbeitszeitkompensation.

Für die **Erhaltung des Musiktheaters** reichen die Mittel nicht. Auch könne das im Jahr 2014 noch nicht greifen, weil es eine Bindewirkung des Haustarifvertrages gibt. Das Theater müsse also 2014/15 fortgeführt werden wie bisher, denn es habe denselben Zuschussbedarf. Mit der Auflösung des Schauspiels und der anderen nicht-musiktheaterbezogenen Theater Teile habe man Kosten aus dem Übergang in Form von Abfindungen usw. zu tragen, so dass die Finanzierungslücke 2015 noch steigen wird. Bis die Kürzungen tatsächlich greifen, habe man eine Kostensteigerung und die Wirkungen der Auflösung des Haustarifvertrages, so dass ab 2016 ff. mit einem steigenden Fehlbedarf von 2,5 Mio. € zu tun habe. Bleiben die Vorgaben wie sie sind, entstehe die dargestellte Finanzierungslücke.

Alternativszenario Beispieltheater könnte auch 2015 erst angefangen werden, aufgrund der Bindewirkung des Haustarifvertrages. Weil das gesamte Personal abzubauen ist, habe man erhebliche Nachwirkungen aus dem Personalabbau, aus Bindewirkungen usw. In den ersten 2 Jahren steige der Fehlbetrag z. B. in 2014 um 5,1 Mio. €, dann fast 9,0 Mio. € für das Jahr 2015. Erst danach gebe es eine Einsparung, allerdings unter Einrechnung dessen, dass der Landeszuschuss weiter fließt. Der Zuschuss fließe aber nicht für ein Beispieltheater, sondern für den Erhalt und die Weiterführung eines Ensembletheaters in diesem Haus, so dass hier neue Verhandlungen möglich werden und damit für diesen Betrieb nicht der städtische Haushalt entlastet würde sondern möglicherweise der Landeshaushalt. Es müsse also neu verhandelt werden, so dass man auch hier kein plausibles Szenario habe. Die Abwicklungskosten seien erheblich und würden über 20 Mio. € liegen.

Zu den Anmerkungen kommend, erklärte **Herr Prof. Haselbach**, die angestellten Berechnungen wurden abgestimmt mit der Stadt, dem Theater und den Zahlen, die der Landesregierung zur Verfügung standen. Diese wurden insbesondere auf Plausibilität geprüft und werden aufgrund unserer eigenen Theaterberatungserfahrung für richtig gehalten.

Es gab eine letzte Abstimmungssitzung mit dem Land und dem zuständigen Theaterreferenten. Dieser habe es fertig gebracht, an zwei Stellen unsere Zahlen infrage zu stellen, so dass man zu einer Differenz um 0,1 bis 0,2 Mio. € gekommen ist. Einmal in einem Szenario, was sagt, Abschaffung des Musiktheaters und zum anderen in den Jahren 2017/2018 eine Abweichung um 100 T€, die jetzt höher ausgewiesen sind als im ursprünglichen Bericht in Erhaltung des Musiktheaters als Szenario.

Man habe gesagt, es sei besser, einen Berechnungsfehler deutlich zu machen, es ändere jedoch nichts an dem zu fällenden Urteil. Es gehe also um zwei kleine Veränderungen, die jeweils aufgrund eines Zuordnungsfehlers unsererseits passiert sind, auf die wir vom Land aufmerksam gemacht wurden und die an der grundsätzlichen Aussage nichts ändern. Im Nachgang könne er kommunizieren, dass das, was an die Mitglieder des Stadtrates geschickt wurde, diese Fehler sind in der Größenordnung von maximal 200 T€.

Weiteres Vorgehen aus Sicht der Gutachter

Es bestehe die Ansicht, dass die Aufgabe zurückgegeben werden muss, denn es gebe keine schlüssigen Szenarien unter den beschriebenen finanziellen Vorgaben.

Der derzeitige Betrieb führe zu einer Deckungslücke, die Fortführung des Musiktheaters führe zu einer erheblichen Deckungslücke und die Umwandlung des Hauses in ein Beispieltheater führe nur dann nicht in eine Deckungslücke, wenn der Landeszu-

schuss aufrechterhalten bleibt und wenn man die Übergangskosten von ca. 24,4 Mio. € berücksichtigt. Parameter oder die Ziele müsse verändert werden, um bearbeitbare Szenarien zu bekommen.

So wie momentan die Vorlagen liegen, gehe es nicht. Ein Weg könnte in der strukturellen Kooperation mit anderen Häusern z. B. im Austausch von Inszenierungen liegen.

Fragen aus dem Gremium an Herrn Prof. Haselbach wurden nicht vorgebracht.

4.1 Diskussion

Nachdem die Fraktionen die Möglichkeit hatten, ihre Statements vorzutragen, schlage er vor, Herrn Prinz von Anhalt, den Landtagsabgeordneten Herrn Hövelmann und Frau Lüddemann sowie dem Generalintendanten, Herrn Bücken das Rederecht zu erteilen, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Seitens der Stadträte gab es keinen Widerspruch.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass zur heutigen Sitzung der Ministerpräsident sowie die Landtagsabgeordneten, die ihren Wahlkreis hier haben, eingeladen waren. Er bat um Aussagen seitens der Verwaltung, wer der Einladung gefolgt ist, wer nicht und warum nicht.

Eine Übersicht über die Landtagsabgeordneten habe er nicht, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Der Landtagsabgeordnete Dr. Haseloff hat sich über sein Wahlkreisbüro entschuldigen lassen, da er einen anderen Termin hat. Der Kultusminister habe sich ebenfalls aus Termingründen entschuldigt und die Einladung an die zuständige Abteilung seines Hauses weitergeleitet.

Herr Weber sprach den Mitarbeitern des Anhaltischen Theaters die Solidarität auch im Namen der **CDU-Fraktion** aus. Man werde den Weg zusammen gehen und an die erbrachte Leistung für unsere Stadt denken. Erfreut sei er über die Anwesenheit der Landtagsabgeordneten Hövelmann, Kolze und Hoffmann. Den Landtagsabgeordneten Dr. Haseloff habe er gebeten, uns hier zu begleiten und sich in seiner Funktion als Abgeordneter zu dieser Stadt zu bekennen, worauf er nun einen Brief erhalten habe, in dem die erste Aussage von Herrn Dr. Haseloff ist, dass ihn in diesen Tagen viele Briefe wegen der Theaterfinanzierung in Dessau erreichen. Das sei bemerkenswert, denn man fühle sich als Stadtrat „ernst“ genommen, wenn man sich an den Landtagsabgeordneten wendet und dann „unter vielen“ bemerkt wird. Weiterhin wurde in dem Schreiben auf ein beigefügtes Gutachten vom zuständigen Kulturabteilungsleiter Prof. Puhle verwiesen. Dieses Schreiben war nicht beigefügt. Herr Weber gehe aber davon aus, dass der Oberbürgermeister dieses Schreiben bereits erhalten hat, was dieser bestätigte.

Die **Fraktion der CDU** würde sich freuen, von so hoher Stelle fachliche Auskünfte zu erhalten, obwohl die fachlichen Auskünfte, die man eben bekommen habe, sehr fundiert erscheinen. Deshalb sage die Fraktion der CDU, so dürfen wir mit unserem Anhaltischen Theater, mit dem Staatstheater in Dessau nicht umgehen. Weiter habe der Landtagsabgeordnete geschrieben, dass wir schon seit vielen Jahren überproportional das Engagement des Landes spüren, was die Förderung angeht. Herr Weber wundere sich, wenn er die konkreten Zahlen im Haushalt liest. Dessau-Roßlau

erhielt für das Anhaltische Theater bisher runde 8 Mio. €, die anderen beiden Städte mindestens das Doppelte. Wir haben aber das größte Theater in Sachsen-Anhalt, weshalb die Frage der Überproportionalität sicher ein Versehen in der Aussage ist.

Das Land Sachsen-Anhalt habe über einen kuriosen Weg, deshalb hatte **Herr Weber** auch förmlich das Rederecht für Herrn von Anhalt beantragt, verkannt, dass dies immer ein Staatstheater war. Seit 2 Jahren habe sich Herr Weber bemüht, im Finanzausschuss immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen. Bisher konnte man davon ausgehen, dass das Land Sachsen-Anhalt solidarisch und partnerschaftlich mit uns gemeinsam dieses Haus trägt. Wenn jetzt das Land Sachsen-Anhalt aber einseitig diese Partnerschaft aufkündigt, können wir nicht mehr darauf verzichten, auch solche rechtlichen Fragen zu klären und das Land vor die Wahl zu stellen, weiter gemeinsam anständig miteinander umzugehen oder über juristische Schritte zu klären, was der zweite Teil unserer heutigen Beschlussfassung sei, ob das nicht ein Staatstheater ist.

Dieses Land ist ein kulturell so reiches Land, man habe uns schon viel genommen, was Dessaus Identität angeht, stellte **Herr Weber** fest. Im letzten Jahr konnten wir 800 Jahre Anhalt feiern und das Land war mit hohen Vertretern zu den Festivitäten hier erschienen und habe herrlich gratuliert. Dem sollten aber auch Taten folgen und Anhalt mit seinem Anhaltischen Theater weiter Beachtung finden.

Herr Weber übermittelte die Grüße von Dieter Hallervorden, der sich entschuldigen musste, weil er wichtige und schon lange feststehende Termine hat. Er werde aber in der nächsten Woche anlässlich eines Interviews im Mitteldeutschen Rundfunk seine Solidarität und volle Unterstützung zu dem, was wir für unser Anhaltisches Theater auf die Beine bringen, verkünden und öffentlich machen.

Die Finanzierung des Theaters soll uns nun allein aufgebürdet werden, führte **Herr Weber** weiter aus. Mit der Konsolidierungsverpflichtung für Dessau-Roßlau, die wir brav erfüllen und im Gegensatz zu Halle und Magdeburg, sind wir viel weiter gekommen in den letzten Jahren. Wir werden 2018 eigentlich nach der Konsolidierung schuldenfrei sein, was uns große Anstrengungen gekostet hat. Das Land habe mit seiner Kommunalaufsicht immer gewusst, was wir alles selber schon reduzieren. Obwohl das Land das wusste, will es uns jetzt so einen Schritt zumuten. Auch das sei eine moralische Frage, dass das Land einer Stadt, die so sehr spart und so viel guten Willen zeigt, nicht einfach so den Hahn zudrehen kann. Wir werden alles verlieren, wenn wir diese 5 Millionen schon im nächsten Jahr schultern müssen. Denke man an die sozialen Einrichtungen, Vereine, alle freiwilligen Leistungen. Man werde gar keinen Haushalt mehr haben, wenn das Land hier strikt bei seiner Linie bleibt.

Herr Weber forderte die Stadträte auf, heute der Resolution an das Land in beiden Teilen zuzustimmen und auch das Gutachten mit zu befördern, damit wir in der Lage sind, uns auch rechtlich zu wehren.

Herr Hartmann betonte auch im Namen der **SPD-Fraktion**, an der schwierigen Finanzlage in Sachsen-Anhalt werde auch eine reduzierte und weg gesparte Kultur nichts ändern, denn es werden nur kleine Beträge gespart, was aber immense negative Folgen für die Kulturenrichtungen habe. Der Schaden, der entstehen kann, sei um vieles größer als der relativ geringfügige finanzielle Nutzen. Unsere Stadt trägt das Theater mit ca. 8 Mio. €, was 4 % unseres Haushaltes sind. Wir sind hier zu-

sammengekommen, weil 3 Mio. € aus der Landeskasse eingespart werden sollen. 3 Mio. € in einem 10 Milliardenhaushalt seien 0,0003 %.

Es gehe nicht allein um Finanzen, es sei eine politische Entscheidung in den Fragen zu treffen, was bedeutet uns Kultur und welchen gesellschaftlichen Wert räumen wir ihr ein. Geht es um die Bespaßung von Bildungsbürgern oder hat das Theater einen gesellschaftlichen Auftrag. Es werde von kultureller Bildung gesprochen und diese eingefordert beim Bund, beim Land und auch in der Kommune. Kunst und Kultur sind Motoren einer gesellschaftlichen Entwicklung. Kulturelle Bildung schaffe neue Lernkulturen und beeinflusst nachhaltig unser soziales und kulturelles Leben.

Eines der Szenarien für unser Theater setzt auf den Wegfall von Ballett und Schauspiel, was mit dem Wegfall von 70 Stellen verbunden ist. Das Schauspiel sei der Türöffner für unser Theater und eine Sparte, die wie keine andere Leute in das Theater holt, sie dafür gewinnt und mit Themen dieser Zeit konfrontiert. Ein anderes Szenario ist das Beispieltheater, mit einem Verlust von 287 Stellen. Es sei auch ein enormer Verlust, wenn man keine eigenen Inszenierungen mehr habe und es sei keine Theaterkunst, wenn Ware von der Stange erworben wird. Man brauche ein Theater, was gerade unsere Themen aufgreift und erfasst, die wir hier vor Ort haben, sie in eine Inszenierung umsetzt und damit bei den Leuten vor Ort ist. Herr Hartmann fragte, sollten wir nicht ein Gutachten einfordern, das den gesellschaftlichen Nutzen eines Theaters herausstellt, statt sich immer nur auf Kostenreduzierungen einzustellen. Der Mehrwert eines Theaters liegt höher, als es buchhalterisch in einer Bilanz darstellbar ist.

Abgesehen von den Inhalten rede man letztlich auch über kreative Menschen, die mit ihren Familien den Lebensinhalt darin sehen, die Gesellschaft zu bereichern. Wenn es sie nicht mehr gibt, verarmen wir kulturell und geistig und letztlich verliere auch unsere Wirtschaft. Gerade die Wirtschaft in unserem Bundesland benötigt mehr Kreativität, Phantasie und soziale Kompetenz. Kulturförderung sei auch Wirtschaftsförderung. Einige Bundesländer haben bewusst ihren Kulturetat erhöht. Die EU hat im letzten Jahr ihren Sockel um 35 % aufgestockt als Mehrleistung für die Kultur. Für unser Bundesland brauchen wir ein schlüssiges Konzept für die Theaterlandschaft. Dafür brauche es Zeit, denn es entstehe nicht in wenigen Wochen. Wir müssen in Sachsen-Anhalt enger zusammenwachsen, wir brauchen Kooperationen und Zusammenarbeit, was mit der Vorlage vorliegt. Was sich hier aber gegenwärtig abspielt, sei kein Weg, sondern ein Absturz.

An die Mitglieder des Landtages gewandt, beendete **Herr Hartmann** seine Ausführungen mit dem Verweis auf die Landesverfassung, die im Art. 36 sagt: „Kunst, Kultur und Sport sind durch das Land und die Kommunen zu schützen und zu fördern.“. Er werbe dafür, den im Kabinett anstehenden Beschluss nicht mitzutragen, der Entwicklung, die wir hier alle brauchen, solle die Zeit gegeben und diese Vorgänge entschleunigt werden. Sie sollten mit dazu beitragen, dass das, was Theaterlandschaft in diesem Bundesland ist, einen nachhaltigen Weg bekommt und gesamtgesellschaftlich von Nutzen ist. Wir als Kommune können es nicht allein schaffen, wir brauchen die Kooperation und das Miteinander in diesem Bundesland. Deshalb sollten die anwesenden Landtagsabgeordneten die zu verabschiedende Resolution unterstützen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, die Fraktion stehe 100-%ig hinter der heutigen Resolution, denn sie habe an ihr mitgewirkt. Man suche den Schulterschluss mit dem Kulturkonvent des Landes Sachsen-Anhalt. Es liegen Konzepte vor. Der Verantwortung sollte man sich stellen und untersetzen mit finanziellen Konzepten. Sie zu ignorieren sei mehr als fragwürdig und ein Scheingeflecht.

Man werbe für die landesweite Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen und signalisiere als Fraktion, dass die Kultur sich nicht auseinander dividieren lassen kann und darf. Wir werden uns zum Thema Anhaltisches Theater Dessau in der Diskussion um eine zukunftsorientierte Kulturpolitik in diesem Land nicht allein behaupten können. Wir brauchen Partner im ganzen Land. Wir hatten sie allerdings auch, was der Kulturkonvent in seinen Schlussfolgerungen zeigt.

Die **Fraktion Die Linke** fordert den uneingeschränkten Erhalt des Anhaltischen Theaters und zeigt sich solidarisch mit der Leitung und den Mitarbeitern des Anhaltischen Theaters. Ein besonderer Dank gilt dem Haus insgesamt und den Bürgern dieser Stadt für die bisherigen Aktivitäten, um auf das Problem öffentlich aufmerksam zu machen. Die Art und Weise, wie wir frisch, unkompliziert aber doch sehr verbindlich auf die Bedeutung unseres Theaters aufmerksam machen, sei beispielgebend. Kultur ist und bleibt ein Grundnahrungsmittel für Geist und Seele, Kultur ist Menschenwürde. Bieten wir deshalb gemeinsam allen Kürzungsvorschlägen der Landesregierung die Stirn, unterstützen wir mit einem wertvollen Beitrag die Volksinitiative des Landes zur Rettung der Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, denn 30.000 Unterschriften haben Gesetz bildenden Charakter.

Die **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen** könne sich dem bisher Gesagten anschließen, erklärte **Herr Giese-Rehm**. Das Gutachten zeige in sehr nachdrücklicher Weise, was evtl. geht, was nötig ist und was gar nicht geht. Bevor die Kürzungspläne in dieser Art und Weise zustande kamen, habe man begonnen, dieses Gutachten zu erstellen. Nachdem im letzten Jahr schon einmal so ein Hauch von Kürzung kam, hatte das Theater schon daran zu knapsen. Jetzt sei man mit der Kürzung bei 3,1 Mio. € Wir können das, was uns in dieser Stadt zugemutet werden soll, weil das Theater ein wichtiger Baustein der gesamten Stadt ist, nicht akzeptieren.

Ärgerlich sei die Art und Weise, wie diese Kürzungen vorgetragen wurden: Mitten in der Hochwassersituation. Als Herr Giese-Rehm das in einer Finanzausschusssitzung gesagt bekommen habe, war er wie vor den Kopf gestoßen und verstand nicht, dass das gerade jetzt der entscheidende Punkt sein sollte, um in diesem Land vorwärts zu kommen. Die ganze Diskussion um Kürzungen, hier erinnere er an den Hochschulbereich und andere Punkte mehr, sehe nach Schnellschüssen aus und nicht nach guten Konzepten. In manchen Punkten wurde inzwischen zurück gerudert und man hoffe, dass man das in der Theaterförderung auch hinbekommt.

Theaterkultur könne ein Anziehungspunkt sein, kann unsere Stadt, unser Land attraktiv machen für andere. Wir haben verschiedene Jubiläen vor uns, demnächst komme neben den Städtejubiläen das Jubiläumsjahr Luther, dann Bauhaus und dem stelle man die Zerstörung der Theaterkultur in diesem Land gegenüber.

Im Januar dieses Jahres hatte man bereits im Stadtrat einen Beschluss gefasst zum Erhalt des Theaters. Dieser ist anscheinend bei der Landesregierung völlig verpufft. Wenn man sich die Auswirkungen betrachtet, habe Herr Giese-Rehm das Gefühl, dass das dritte Oberzentrum ausgeblutet wird. Erinnernd verwies er darauf, dass

man das Regierungspräsidium verloren hat, ein paar letzte Abteilungen des Landesverwaltungsamtes sind noch in der Kühnauer Straße, das Verwaltungsgericht ist weg, die Justizvollzugsanstalt ist demnächst dran, auch zugunsten von Halle, jetzt das Theater.

Die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen unterstützt den vorliegenden Beschlussvorschlag voll inhaltlich. Gemeinsam sollte die Kultur erhalten und auch genutzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollten nicht nur zu Protestveranstaltungen kommen, sondern auch zu Veranstaltungen, die das Theater in seiner Aufgabenerfüllung anbietet.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, bemerkte, Herrn Oberbürgermeister Koschig dankbar zu sein, dass er in seiner Rede klargemacht hat, wie in allen Gesellschaftsordnungen, ausgehend vom Fürstentum und Herzogtum Anhalt über das Kaiserreich, die Weimarer Republik und auch über die Zeit des Tausendjährigen Reiches, über die Zeit der kommunistischen Herrschaft das Theater immer finanzielle Sorgen hatte, aber letztlich immer ausreichend versorgt wurde. Er fragte, ob es das Ergebnis der politischen Wende von 1989 sei, dass jetzt die Kultur auf der Strecke bleibt? Das könne es nicht sein.

Der von Minister Dorgerloh einberufene Kulturkonvent hat festgestellt, dass eine ausreichende Finanzierung des Theaters durchaus möglich wäre, wenn das Land Sachsen-Anhalt anderen Ländern folgen und 1 % des Haushaltes für die Kultur aufwenden würde. Es ist eine Verhöhnung der Kulturschaffenden und des Konventes, dass die Landesregierung genau diesen Betrag nicht zusetzt, sondern einkürzt. Wir erwarten, dass das Land die natürlich nötigen Kürzungspläne genauso sachlich und fachlich untersetzt, wie uns das hier in der Präsentation dargelegt wurde. Uns fehlt der Beweis, dass das Land in direkten Zahlen sagt, ihr kommt mit 5,2 Mio. € Förderung von uns und 8 Mio. € von der Stadt aus, wenn ihr das so und so macht. Hier werde aber am Geldbeutel abgeschnitten, ohne dass ein Konzept dahinter steht. Theaterstruktur ist Landesaufgabe, ist Aufgabe aller Kulturschaffenden im Lande. Sorgen wir dafür, dass hier vernünftige Kulturarbeit geleistet wird für unsere Bürger. Dann hat die politische Wende 1989 den Erfolg, den Herr Tonndorf auch erwartet hat.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass der jetzige Kultusminister in der Vergangenheit in öffentlichen Veranstaltungen mehrfach betont hat, dass es notwendig ist, den Kulturetat des Landes zu erhöhen. Er habe aber auch darauf hingewiesen, dass es dazu politischer Mehrheiten im Land bedarf, d. h. die Landtagsabgeordneten müssen entsprechende Prioritäten setzen. Der Kulturkonvent hat die Notwendigkeit der Erhöhung des Kulturetats für das Land Sachsen-Anhalt ebenfalls für erforderlich gehalten und bestätigt.

Unstrittig sei aber auch, dass das Land sparen muss, weil es jahrelang über seine Verhältnisse gelebt und notwendige Entscheidungen nicht getroffen hat, weil sie schmerzlich sind. Jetzt geht man wieder den vermeintlich einfachen Weg für das Land und streicht Fördermittel für die Theater, deren Träger die Kommunen sind, ohne die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen zu erfragen. Diese Auswirkungen sind der Landesregierung inzwischen bekannt und müssten von allen Regierungsmitgliedern verstanden werden und wenn sie es verstehen, bleibe zwangsweise nur übrig, dass man die bisherigen Beschlüsse korrigiert und ein Miteinander mit den Kommunen sucht.

Den Landespolitikern müsste auch klar sein, dass Kooperationsbereitschaft, um diese habe sich Dessau in den vergangenen Jahren immer bemüht, nicht dadurch gefördert wird, dass einigen Theatern Geld weggenommen wird und anderen nicht. Die Ausreichung von Fördermitteln könnte und müsste man an klare Bedingungen knüpfen, denn freiwillige Kooperationen sind schwer zu erzielen, was die Erfahrungen dieses Prozesses zeigen.

Auch um die geforderte Entscheidung zu einer Verbreiterung der Basis der Kulturförderung durch die Schaffung von Kulturräumen oder durch eine Kulturumlagenfinanzierung, wie sie bei den Krankenhausfinanzierungen seit Jahren problemlos funktioniert, drückt sich die Landespolitik vom Minister bis zu den Landtagsabgeordneten seit Jahren. Andere Länder haben das vorgemacht und dort funktioniert es.

Selbst der aufgrund des demografischen Wandels erforderliche Personalabbau ist bei den Landesbehörden nicht mit dem Tempo, wie in den Kommunen erfolgt. Einsparungen von 2,9 Mio. € bei der Theaterförderung für Dessau-Roßlau ließen sich dauerhaft durch einen Personalabbau von 50 Mitarbeitern in den Landesbehörden kompensieren. Dem stehen 300 Arbeitsplätze im Anhaltischen Theater gegenüber. Darüber und über die Auswirkungen der Sparbeschlüsse für das Anhaltische Theater als Standortfaktor der Region sollten sich alle Landtagsabgeordneten im Klaren sein.

Das Anhaltische Theater Dessau habe eine 218jährige Theatertradition und wirbt erfolgreich für Sachsen-Anhalt mit seinem hohen künstlerischen Niveau in vielen Ländern Europas bis hin nach Japan. Es ist mit seinen Dimensionen, auch das herzogliche Hoftheater hatte 1.000 Sitzplätze, immer als Theater der Region konzipiert gewesen, hat sich als Bayreuth des Nordens einen Namen in der Wagnerpflege gemacht, ist Anziehungspunkt der Verdi-Freunde aus ganz Europa. Das Dessauer Theater war vom Fürstenhaus mit einer Theaterstiftung ausgestattet worden, die die Theaterfinanzierung damals sichern und heute unterstützen könnte. Selbst das DDR-Regime hat diese Tatsachen anerkannt, es hat zwar die Theaterstiftung enteignet, aber dafür die Finanzierung des Theaters übernommen. Die Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt hat die Wiederbelebung der Theaterstiftung abgelehnt und wesentliche Vermögensanteile in die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz gegeben. Das sind Tatsachen, die die Landespolitik in eine besondere Verantwortung stellen. **Herr Otto** müsse aber auch feststellen, dass in den letzten Wochen und Monaten Brücken zum Land abgebrochen oder zumindest sehr wacklig geworden sind. Er appellierte deshalb an die Theaterleitung und Verwaltungsspitze auch mit Blick auf das bevorstehende Konzert zur Eröffnung der 219. Theatersaison, bei aller berechtigten Kritik klare Signale für ein vernünftiges Miteinander zu senden.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, wandte sich zu Beginn seiner Ausführungen an die „kulturinteressierten Leidensgenossen, was hier alle miteinander sind“. Diese Stadt habe seit Jahren sehr viel für ihre Kultur getan und aufgebracht. Es ist bekannt, dass Kultur Geld kostet und dass man dafür Geld in die Hand nehmen müsse. Er könne sich nicht vorstellen, dass eine Landesregierung das nicht weiß. Von daher müsse er vermuten, dass die Landesregierung weiß, was sie getan hat. Wenn man den Zeitpunkt betrachtet, müsse man unterstellen, dass sie es mit Absicht zu diesem Zeitpunkt getan hat, in der Hoffnung, dass unsere Region mit anderen Dingen beschäftigt ist. Er wünsche, dass er sich irrt.

Das Problem an der Kultur ist, dass man sie sich leisten können, oder leisten wollen muss. Es sei die Frage, ob wir den richtigen Eindruck erhalten haben. Die Stadt will sie sich leisten. Aus seiner Sicht als Mensch der Zahlen ist belegt, es geht nicht, was gewünscht ist. Wir müssen sehen, dass wir eine Lösung finden und auch wieder ins Gespräch kommen. **Herr Bähr** fasste zusammen, Kultur ist wie Charakter, entweder man hat ihn, oder man hat ihn nicht. Und die nächste Sache ist, man will es sich leisten, oder man will es sich nicht leisten. Für unsere Stadt stehe fest, wir wollen es uns leisten mit einem relativ hohen Betrag, der unser Budget belastet. Und auch da können wir es uns nur wünschen, dass die Landesregierung sich nicht nur Kultur leisten möchte, sondern auch Kultur beweist.

Die Aufmerksamkeit der Anwesenden lenkte **Frau Storz, SPD**, auf einen Aspekt der Diskussion, der auch von den Zahlen bestimmt ist. Man habe gehört, wie teuer es ist, ein Theater zu betreiben, aber auch an Zahlen gesehen, wie teuer es ist, ein Theater zu schließen. Es wurde von einer zweistelligen Millionensumme gesprochen. Für die Mitglieder des Stadtrates, die den Haushalt der Stadt mit planen, sei klar, wenn an der Firma Anhaltisches Theater der 50-%ige Kostenträger aussteigt, bleiben die Kosten bei dem anderen Partner, der dann nicht nur 50 % zu tragen hat. Mit dem Ausstieg des Landes werden also im nächsten Jahr bereits 5 Millionen und mehr im städtischen Haushalt veranschlagt werden müssen, zusätzlich zu den 8 Millionen und in den Folgejahren noch viel mehr. Für den städtischen Haushalt bedeutet das, dass wir diese neuen Defizite wieder per Gesetz, per Konsolidierungskonzept an anderen Stellen einsparen müssen. Das könne sogar so weit gehen, dass wir in den nächsten Jahren keinen Haushalt mehr genehmigt bekommen. Das wiederum bedeutet, dass außer den Gehältern und bestimmten Verträgen, die die Stadt geschlossen hat, kein weiteres Geld für andere Dinge wie für Vereine, Sportvereine, freiwillige Leistungen verausgabt werden darf. Auch Investitionen, die neu begonnen werden, sind dann auf viele Jahre hinaus nicht mehr möglich. Wir stehen also in einer Schicksalsgemeinschaft mit dem Theater. Die ganze Stadt steht mit dem Theater aufgrund der wirtschaftlichen Verknüpfungen und finanziellen Ströme in einer Schicksalsgemeinschaft. Frau Storz drückte es in einem Satz aus: Stirbt das Theater, stirbt auch diese Stadt.

Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender, Fraktion Die Linke und **Landtagsabgeordneter**, legte in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter dar, am Wochenende bei einer Veranstaltung des Vereins Helfende Hände gewesen zu sein. Auch der Ministerpräsident war dort und habe ihn, Herrn Hoffmann als einen Abgeordneten vorgestellt, der im Landtag für seine Stadt streitet. Herr Hoffmann könne versprechen, er habe nicht gelogen. Seine Meinung könne man überall in Häusern, die dieser Stadt gehören, auf Plakaten lesen: „Schluss mit dem Sparwahn: Das Theater bleibt!“ Damit wisse man auch, wie sich die Linken im Landtag verhalten werden. Sie seien aber nicht nur plakativ unterwegs, sie haben ihre Hausaufgaben gemacht und schon vor der Sommerpause Angebote gemacht, indem sie z. B. ein Kulturfördergesetz eingereicht habe, welches nach der Sommerpause in die Ausschüsse und dann auch wieder in den Landtag gehen wird. Hierin wurden Angebote gemacht, wie man mit der Kultur in diesem Land umgehen sollte.

Vieles sei heute bereits gesagt worden, dass uns durchaus bewusst ist, was passiert, wenn die Kultur stirbt, deren wesentliches Element das Theater in dieser Stadt ist und auch überregional ausstrahlt. Deshalb ist es auch nicht nur ein Problem dieser Stadt, sondern ein Problem dieses Landes in Gänze, wenn das Theater stirbt, dann

hat die Region ein riesiges Problem. Aus diesem Grunde sollte nicht gesagt werden, „das Land macht“, sondern ganz deutlich, es ist eine konkrete Landesregierung, die das macht. Das Bemerkenswerte ist, dass eine ganz ähnliche Mischung einer Landesregierung in Thüringen existiert, die einen ganz anderen Weg geht und die Kultur explizit anders fördert. Sie haben ein Staatstheater in Weimar und in Meiningen, also nicht in Erfurt. Das wäre eine Orientierung. Selbst die Sachsen machen es anders, warum machen wir hier in Sachsen-Anhalt die Kultur kaputt, die ein wesentliches, ein Exportelement in andere Regionen ist. Das war früher so und ist eigentlich immer noch so.

Nicht zu vergessen ist, es geht nicht um die Aufrechterhaltung eines Theaters als Silhouette, es geht um Menschen. Es geht auch darum, dass die Menschen, die hier arbeiten, im Prinzip für einen Ruf gesorgt haben, der die Bedeutung dieses Theaters ausmacht, weshalb dieses Theater auch eines der effizientesten ist, was die Zahlen des Besucherzuspruchs auch ausdrücken. Das ist auch der Landesregierung bekannt und trotzdem versucht sie, hier an diesem Rad zu drehen. Das darf nicht passieren und die Linken sind an der Seite der Kulturschaffenden, an der Seite dieser Stadt. Es ist so, wie Frau Storz schon gesagt hat: Stirbt dieses Theater, sterben viele Konzepte, die sich mit dem Theater in vielerlei Formen auch in die Wirtschaft hinein verknüpfen, dann stirbt die Region. **Herr Hoffmann** möchte dann nicht derjenige sein, der das Licht ausmacht. Er rief dazu auf, für die Zukunft zu streiten.

Für die Sondersitzung des Stadtrates hatten weiterhin Gäste um das Rederecht gebeten. Zunächst erteilte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** Seiner Hoheit Prinz von Anhalt das Wort.

Seine Hoheit Prinz von Anhalt stellte zunächst dar, in der Stadt Berlin, wo er seinen Wohnsitz habe, sprudelt s. E. das Geld für die Kultur. Nun komme aus Sachsen-Anhalt die Botschaft, dass das Anhaltische Theater geschlossen werden soll. Dies sei für jemanden, der die Hintergründe kenne, ein Schock. Er sei dankbar, hier als Vertreter der Stifterfamilie reden zu dürfen.

Rückblickend auf seine Kindheit in Garmisch-Partenkirchen erinnerte er sich an seinen Freund, welcher auf dem Nachbargrundstück lebte. Dessen Eltern verfügten über ein Fernsehgerät und er und sein Freund haben sich immer geärgert, dass nichts gezeigt wurde. Auf die Frage, warum das Gerät nicht angeschaltet würde, haben sie gesagt, sie würden sich nur gezielt kulturelle Dinge ansehen, nämlich Theaterstücke, Ballettaufführungen oder Opern. Diese Familie kam aus Dessau und sie sagten, es habe zu ihrem Leben gehört, in Dessau ins Theater zu gehen. Er habe darüber nachgedacht und war erstaunt, wie viel Werte diese Familie in ihrem Leben bereits erfahren haben. Wenn er dann daran denke, wie man heute über diese wichtigen Momente der Bürger und der Menschen, die hier arbeiten, im Land so hinweggeht, könne er nur sagen, schlimmer könne es mit der Kultur in diesem Land nicht mehr kommen.

Sein Vater habe seinerzeit der Dessau-Wörlitzer-Kulturstiftung 8 Millionen Reichsmark gegeben, was eine hohe Summe war, und der Theaterstiftung habe er 12 Millionen gegeben. Bei aller Liebe zur Kulturstiftung, er freue sich, dass diese die Werte zurück erhalten habe, er frage aber, wo bleibe die Gleichbehandlung, wo sind die 12-Millionen-Werte? Natürlich gehe man bei der Bundesregierung davon aus, Dessau-Wörlitz ist ein Leuchtturm deutscher und englischer Geschichte, der gefördert werden müsse, aber ihm seien die Menschen hier in Dessau näher als das internationale

Publikum. Es sei etwas, was das Leben in dieser Stadt ausmacht und die Stadt werde sterben, ohne dieses Theater. **Herr von Anhalt** fragte, will dies das Land, kann es das verantworten? Wenn man sagen würde, es gebe keine Steuern mehr, im Land gehe es allen schlecht, aber man habe noch nie soviel Steuereinnahmen gehabt. Hier seien einige Prozente davon gefragt, die nicht da seien, um dieser Stadt ihre Lebensader zu erhalten. Seine Familie stehe hinter der Stadt und sei sehr erregt, wenn sie höre, was hier mit dem kulturellen Erbe dieses Landes gemacht wird. Auf alle Fälle sei es aber sehr beruhigend, wenn man hört, dass alle Fraktionen dieses Hauses dahinterstehen, dass hier etwas geschieht. In diesem Sinne sei er hoffnungsfroh, dass diese Stadt und dieses Theater nicht untergehen werden.

Herr Holger Hövelmann, Landtagsabgeordneter der SPD-Fraktion, bedankte sich für die Gelegenheit, an der Sondersitzung des Stadtrates teilnehmen und ein kurzes Statement abgeben zu dürfen. Alle seien sich darüber im Klaren, sich um die Zukunft Gedanken machen zu müssen, wie welche Aufgaben finanziert werden können, mit welchen Intentionen, Schwerpunkten, wofür politisch entschieden Geld ausgegeben wird und wofür dies nicht oder nicht mehr in dem Maße wie in der Vergangenheit getan werde. Er halte es zunächst für legitim, dass die einzelnen politischen Geschäftsfelder auf den Prüfstand gestellt werden. Allerdings rufe er seinem Kollegen Dorgerloh auf der Regierungsbank kritisch zu, er halte es für wenig glücklich, mit einer Kürzungsvorstellung in den öffentlichen Raum zu gehen, wenn diese nicht gleichzeitig verbunden ist mit der Beantwortung der Frage, wie das Leben mit der Kürzung weiter funktionieren soll. Deshalb ist die Forderung berechtigt - wobei er empfehle, der Resolution zuzustimmen und sie zu verabschieden - den Partner Land Sachsen-Anhalt aufzufordern, klar zu definieren, wie die künftige Theater- und Orchesterlandschaft in unserem Bundesland aussehen soll.

Um zu informieren, in welchem Rahmen man sich bewege, nannte Herr Hövelmann einige Zahlen. Sachsen-Anhalt ist das Land in der Bundesrepublik Deutschland, das sich pro verkaufte Eintrittskarte (nach Berechnungen des Deutschen Bühnenverbandes) die höchste steuerliche Subvention für Orchester- und Theaterbesuche leistet. Dies könne man tun, wenn man sich bewusst dazu entscheidet.

In Sachsen-Anhalt - das sind die aktuellsten Zahlen - hat die durchschnittliche Eintrittskarte im Jahr 2012 bei einem Theater und Orchester knapp 14 Euro gekostet. Der Steuerzahler hat knapp 117 Euro pro verkaufte Eintrittskarte daraufgelegt. Das sei, wenn es politisch so gewollt ist, richtig und man kann es so tun. Wir haben damit eine gute kulturelle Infrastruktur in unserem Land und er hoffe, dass es gemeinsam gelingt, diese kulturelle Infrastruktur auch über diese Kürzungsdiskussion zu retten.

Jedoch wolle **Herr Hövelmann** an diesem Punkt etwas kritisch anmerken und uns den Spiegel vor das Gesicht halten. In den vergangenen Jahren oder vielleicht sogar Jahrzehnten wurde manche Chance auch nicht genutzt, regionale gemeinsame Aufgabenwahrnehmung zu organisieren und damit mehr Partner ins Boot zu holen. Auch wurde in den letzten Monaten und Jahren die eine oder andere politische Diskussion in Dessau-Roßlau geführt, die nicht dazu beigetragen hat, die Zahl der Unterstützer für regionale Interessen in Anhalt außerhalb Anhalts zu erhöhen. Im Gegenteil, es gebe durchaus, wenn man sich im politischen Magdeburg auf der Landesbühne bewegt, oftmals den kritischen Unterton „macht mal erst eure Schularbeiten zu Hause, dann überlegen wir, wie wir euch helfen können.“ Das sei nicht fair und nicht schön, aber Realität. Deshalb wolle er ausdrücklich den Appell von Herrn Otto aufgreifen und unterstützen, es geht nur „die Kuh vom Eis“ sprichwörtlich zu ho-

len, wenn man gemeinsam mit dem Land eine Kompromisslösung auslotet, gemeinsam Strategien entwickelt für die Zukunft des Anhaltischen Theaters und wenn es dann noch gelingt, wie auch von Herrn Hartmann angesprochen, alle Kulturschaffenden des Landes Sachsen-Anhalt in dieses gemeinsame Boot zu holen, dann ist es umso besser. Daran sollten die Abgeordneten aus der Region mitarbeiten, was **Herr Hövelmann** hier gern zusage.

Gleichwohl wolle er deutlich machen, der Weg in den nächsten Wochen und Monaten, dies zu erreichen, ist nur dann erfolgreich zu beschreiten, wenn jeder ein Stück weit über seinen Schatten springt und deutlich ein Signal an das politische Magdeburg sendet, dass man für die Arbeitsplätze am Anhaltischen Theater, für die kulturelle Vielfalt in dieser Stadt und dieser Region streitet und sich engagiert. Genauso wichtig ist es, den zweiten Schritt zu tun, auf das Land zuzugehen und mit konkreten Verhandlungen dafür zu sorgen, dass das Anhaltische Theater eine Lebens-, Überlebens- und in guter Qualität funktionierende Zukunft hat.

Die **Landtagsabgeordnete Cornelia Lüddemann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, bedankte sich für die Initiative, die heute auf den Weg gebracht wird. In der Tat werde auf Landesebene Unterstützung gebraucht, so dass es sehr hilfreich ist, wenn vom Stadtrat Dessau-Roßlau ein einstimmiges Signal ausgeht. Wie auch Herr Hövelmann sagte, gebe es Nachholbedarf, als Landtagsabgeordnete, die für dieses Land und für diese Region und Stadt Verantwortung übernommen haben, gemeinsam zu streiten. Frau Lüddemann habe im Landtag durchaus erlebt, dass die Kollegen aus der Altmark oder dem Harz und aus dem Süden des Landes uns da sehr viel voraus haben und besser und gemeinsamer für ihre Region streiten. Dass es möglich ist, wurde darin deutlich, dass sie gemeinsam mit dem Kollegen Hövelmann vor einigen Monaten eine Resolution, einen Grundsatzbeschluss im Landtag zum Bauhausjubiläum auf den Weg bringen konnte. Das helfe auch dieser Stadt.

Man habe aber Ende letzten Jahres auch gesehen, wo die Grenzen solcher Zusammenarbeit sind, als die unsägliche Kürzungsspirale, die hoffentlich noch gemeinsam aufgehalten werden kann, in Gang gesetzt und die ersten 230 T€ für dieses Haus abgeschnitten wurden. Als es im Landtag eine Abstimmung gab zum Vertrag der Regionen, haben sich die Abgeordneten der Regierungskoalition, auch aus diesem Wahlkreis, nicht nur enthalten, sondern haben zum Teil auch dagegen gestimmt. Hier wollte **Frau Lüddemann** appellieren, als Abgeordneter dieser Region die Pflicht, die man übernommen hat, auch tatsächlich in Abstimmungen wahrzunehmen, auch wenn man mit dem eigenen Namen und dem eigenen Gesicht dastehen muss. Ihres Erachtens haben sie die Pflicht, dies zu tun, weil es hier nicht nur um 350 Arbeitsplätze geht, weil es nicht nur aber auch um einen Wirtschaftsfaktor geht für Dessau und für die Region, aber zuallererst, weil hier im Raum steht, dass der Region das Herz herausgerissen wird. Es sei ihr ein Bedürfnis, auch mit ihren eigenen Worten zu sagen, es gehe nicht nur darum, dass der Kollege Haseloff, den sie hier auch sehr gern gesehen hätte, direkt gewählter Abgeordneter und nicht „nur“ Ministerpräsident ist, da geht es nicht nur um das Musiktheater, nicht nur um das Kurt-Weill-Fest, dem eine tragende Rolle entrissen werden würde, sondern es geht um die Gesamtheit. Das Anhaltische Theater Dessau ist nur in der Gemeinsamkeit aller Sparten zu erhalten.

Wenn Dessau, das sage Frau Lüddemann als Einwohnerin dieser Stadt, das Anhaltische Theater mit all seinen Sparten verliert, dann verliere man auch die sehr geschätzte „Veranstaltungsumrahmung“, die sehr gern von allen genossen werde.

Dann verliert die Musikschule einen wesentlichen Träger, denn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses sind auch in der Musikschule tätig, nicht nur in Dessau sondern in der Region. Es gehe die Unterstützung bei der Gestaltung vielfältiger Festlichkeiten, nicht nur beim Kurt-Weill-Fest, verloren. Und gerade für Dessau-Roßlau sei nicht zu unterschätzen, man verliere ein wirkliches Element des kritischen, des innovativen Mitdenkens, das unsere Stadt i. E. bitter nötig habe. Besonders liege Frau Lüddemann am Herzen, man verliere das Alte Theater und die Theaterpädagogik. Sie glaube, wenn wir alles, was wir in anderen Politikbereichen ernst meinen, egal ob im Straßenbau, ob wir uns um die Krankenhäuser, Schulen und kulturelle Bildung kümmern, wir Familienförderung und -politik betreiben, wenn wir uns hier nicht um die Kinder und Jugendlichen kümmern, dann ist noch mehr als das Herz dieser Region gestorben.

Frau Lüddemann war Mitglied des Kulturkonvents, der heute schon viel zitiert wurde. In der Tat sei dies ein sehr wichtiges Werk, auf welches sie auch durchaus stolz sei. Man habe sich nicht nur Gedanken gemacht, wo und wie man mehr Geld ausgeben kann, man habe sich durchaus auch Gedanken gemacht, wie man mehr Einnahmen für Kunst und Kultur generieren kann. Als Stichworte nannte sie Kulturförderabgabe, Theaterregion. Da sei es leider nur die Opposition, die jetzt mit eigenen Anträgen die Dinge voranbringt. Von dem sagemwobenen Kulturkonzept des Ministers Dorgerloh habe sie bis heute nichts gesehen. Für die Theater- und Orchesterlandschaft habe man vorgeschlagen, die 100 Mio. € wieder einzustellen und mit einem Moratorium zu versehen, da hier schon einiges gekürzt wurde. An dieser Stelle müssen alle noch besser werden.

Sie sage als Landtagsabgeordnete, es müssen strukturelle Entscheidungen getroffen werden. Da wird es an allen Stellen nicht mehr so weitergehen wie bisher. Man müsse auch den Mut haben, Prioritäten zu setzen. Es gibt sicherlich kleine Dinge, die sich verändern müssen und auch Dinge, wo man vielleicht noch aufsatteln kann, um sie wirklich zukunftsfähig zu gestalten. Was im Moment passiert, ist ohne Plan und Ziel. Es werde immer gesagt, es gibt Eckwerte, in denen sich etwas bewegen soll. Woher diese Eckwerte kommen, warum sie so sind, das habe ihr bis heute noch niemand erklären können und Frau Lüddemann glaube, es liege daran, dass es dafür keine wirkliche inhaltliche Begründung gibt. Das mache es wirklich bitter. Daran, die Mittelverteilung z. B. beim Anhaltischen Theater an den Einwohnerzahlen festzumachen, zeige sich, dass man wahrscheinlich doch nicht so viel Ahnung hat, wie Herr von Anhalt unterstellt habe. Ein Theater strahlt nicht nur auf die Einwohner aus, denn man misst ein Theater wenn überhaupt an Parametern, an der Zuschauerresonanz. Wenn sich Frau Lüddemann dann die Emails und die Webseite des Theaters und die harten Zahlen ansehe, Übernachtungszahlen, Zuschauerinnen und Zuschauer aus anderen Bundesländern, aus dem internationalen Feld, dann wirkt unser Anhaltisches Theater Dessau weit über die Region hinaus. Dann wäre es nur recht und billig, in den Theaterregionen, die wir als Konvent vorgeschlagen haben, auch eine Umlagenfinanzierung vorzusehen.

Bei den zu treffenden Entscheidungen würde sich **Frau Lüddemann** ganz ausdrücklich für ein Staatstheater aussprechen, was aus ihrer Sicht nur hier in diesem Hause angesiedelt werden kann. Sachsen-Anhalt sei das einzige Bundesland, das kein Staatstheater hat. Diese Entscheidungen müssen schnell auf den Weg gebracht werden. Der Kulturkonvent hat sich zu solchen inhaltlichen Entscheidungen nicht hinreißen lassen, da dafür zu wenig Zeit war. Diese Dinge sollten auch nur in der Gemeinsamkeit besprochen werden. Deshalb benötige man das Moratorium, damit alle

Theaterträger, die Kulturschaffenden und der Haushaltssouverän, die Landtagsabgeordneten, an einen Tisch kommen und diese Entscheidung treffen können.

Um nochmals auf die Mittelzuweisung nach Einwohnerzahlen zu kommen, würde Frau Lüddemann im Umkehrschluss dann auch darum bitten, dass Dessau die Hochschulplätze bekommt, die der Stadt nach Einwohnern zustehen würden. Frau Lüddemann merkte an, diese Argumentation könne nicht wirklich tragen.

Abschließend bedankte sich Frau Lüddemann für die Resolution, weil sie den Abgeordneten, die im Landtag für die Region streiten, sehr helfen wird. Gut und richtig ist auch, dass sie auf das Landeskulturkonzept abgestellt wurde, was ebenfalls dringend gebraucht werde. Frau Lüddemann bedankte sich auch bei den Akteuren, die das Kulturforum hier in Dessau auf den Weg gebracht haben, da es ein wichtiges Zeichen ist, dass sich die Kulturschaffenden der unterschiedlichen Sparten über das Theater hinaus nicht auseinander dividieren lassen, sondern hier mit einer Stimme sprechen und zum Ausdruck bringen, das Theater ist das Flaggschiff der Kultur in Dessau und wenn das Theater stirbt, dann sterben die anderen Bausteine erst recht. Kunst und Kultur seien nicht zum Nulltarif zu haben, 0,86 % des Landeshaushaltes ist eindeutig zu wenig. Frau Lüddemann sage heute aus voller Überzeugung, in diesem Land ist genug Geld da. Es ist eine Frage des politischen Willens, eine Frage der politischen Prioritätensetzung, wofür dieses Geld in diesem Land ausgegeben wird, auch in Sachsen-Anhalt. Nochmals wurde von **Frau Lüddemann** versichert, dass sie mit vollem Herzen an der Seite der Stadt Dessau-Roßlau stehe und es ihr ein tiefes Bedürfnis sei, wobei sie auch im Namen ihrer Fraktion spreche.

Der **Landtagsabgeordnete Jens Kolze**, auch Mitglied der CDU-Fraktion des Stadtrates Dessau-Roßlau, brachte zum Ausdruck, heute erstmals in der komplexen Form sehen zu können, welche Folgen die angedachten Sparmaßnahmen für dieses Haus haben werden. Daher schätze er es, dass heute dieses Zahlenmaterial auch in dieser Art und Weise vorgetragen wurde. Schlimmer finde er es, dass es nicht möglich war, dass heute ein Vertreter des zuständigen Ministeriums den Weg in dieses Theater gefunden hat und Rede und Antwort steht.

Wenn man ein Kulturkonvent ins Leben ruft und ihn eine gewisse Zeit arbeiten lasse, dieser dann zu einem Ergebnis kommt und es zumindest scheinbar den Eindruck erweckt, dass diese Ergebnisse überhaupt einen Niederschlag in der Kulturpolitik unseres Landes finden, der Kultusminister dann zu einer Unzeit und nicht abgestimmt mit dem Haushaltsgesetzgeber einen Sparvorschlag in den Raum stellt, dann braucht dieser auch nicht wundern, wenn er nicht nur auf keine Akzeptanz stößt, sondern mit allen gebotenen demokratischen Mitteln auch bekämpft wird.

Heute wurde schon viel Richtiges gesagt, was **Herr Kolze** nicht wiederholen möchte. Eines betone er aber, im letzten Jahr habe er gemeinsam mit dem Kollegen Hövelmann bei der Abstimmung, wo es um die Kürzungen für dieses Theater ging, den Landtag verlassen und nicht mitgestimmt. Dies sei auch eine Form des Protestes, man mag es auch als Feigheit auslegen, aber heute könne Herr Kolze versprechen, sollte dieser Vorschlag unverändert den Weg in den Landtag finden, werde er als geborener Dessauer - und er sei sehr stolz auf seine Heimatstadt - nicht wieder den Landtag verlassen, sondern werde gegen seine eigene Landesregierung in diesem Punkt stimmen.

Dem **Generalintendanten des Anhaltischen Theaters Dessau, Herrn André Bückner**, wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates das Wort erteilt. Er erklärte, dieser Tag und diese Sitzung des Stadtrates stellen einen erhebenden Moment bei all dem bereits Gesagten auf dieser Bühne dar. Er bedankte sich dafür auch im Namen aller Mitarbeiter dieses Hauses herzlich, da das Erlebte nicht selbstverständlich ist. Es sei nicht zum ersten Mal ein Beschluss für das Anhaltische Theater, für dessen Erhalt in der jetzigen Form auf der Agenda, da es bereits im vergangenen Jahr zwei dieser Stadtratsbeschlüsse gegeben hat. Dass dieser Stadtrat sich mit dieser Einmütigkeit zu diesem Haus bekennt, nötigt größten Respekt und Hochachtung ab. Dafür vielen Dank. Der Dank gelte auch dem Oberbürgermeister Koschig und Frau Bürgermeisterin Nußbeck, die sich auch Anfang dieses Jahres vehement dafür eingesetzt haben bei dem Zustandekommen des neuen Haustarifvertrages und bei der Aufstockung der Zuwendungen, damit die Mitarbeiter des Theaters hier ihre Arbeit weitermachen können.

Das Theater in Dessau gehe in die 219. Spielzeit. Die Anhaltische Philharmonie ist 247 Jahre alt und Herr Bückner habe es schon bei mehreren Veranstaltungen gesagt, er weigere sich zu akzeptieren, das wir jetzt in den schlechtesten Zeiten seit 247 Jahren leben und deshalb gezwungen sind, unsere Kultur abzuwickeln. Das könne einfach nicht sein.

Ebenfalls sei schon gesagt worden, Kultur kostet Geld und man muss sie sich eben auch leisten wollen. Aber es gehöre auch zur Kultur in Deutschland, dass die Kultur öffentlich finanziert ist. Das ist auch eine Tatsache. Warum wir diese Kultur finanzieren, habe auch einen ganz einfachen Grund, den wir oft vergessen: Bei uns in Deutschland ist es tatsächlich möglich, wir haben die Kultur zugänglich gemacht für alle Menschen in diesem Land, dadurch, dass wir die Kultur von der öffentlichen Hand finanzieren. Es werden nämlich nicht 300 Euro für ein Ticket für die Oper, oder 200 Euro, um einmal ins Schauspiel zu gehen, oder 70 Euro, um das Puppentheater zu besuchen - es ist möglich auch für niedrigere Einkommen und für sozial benachteiligte Menschen, das Theater oder Museen zu besuchen, an Kultur teilzunehmen. Es ist eine kulturelle Infrastruktur, die vorbildhaft ist für viele andere Länder und **Herr Bückner** könne nur an alle appellieren, für diese Kulturlandschaft zu kämpfen und sie eben nicht zu zerstören. Wenn das einmal weg ist, kommt das auch nicht wieder.

Seine Ausführungen noch ergänzend, wies **Herr Bückner** darauf hin, selbst das Hoftheater hatte über 1000 Plätze und er höre des Öfteren das Argument, das Haus wäre ja viel zu groß für diese Stadt. Dem möchte er entgegen, wenn dieses Haus nicht so groß wäre, hätten wir nicht so viele Besucher. Wir haben so viele Male, wo dieses Haus auch voll ist und so viele auswärtige Besucher, die gerade wegen der Größe, der Dimension und den Möglichkeiten dieses Hauses zu uns kommen. Sie würden nicht mehr nach Dessau kommen und noch die andere Kulturlandschaft, das Bauhaus, das Gartenreich usw., mit denen das Theater eng zusammenarbeitet, wahrnehmen. Diese Dinge sind sehr wichtig und Kooperationen werden hier in dieser Stadt - die Stadt habe, was auch schon hier gesagt wurde, im Land einen schlechten Ruf, was Herr Bückner nicht bestätigen könne, er lebe seit 2008 in dieser Stadt - Kooperationen werden hier durchaus gelebt. Das Theater arbeitet mit dem Bauhaus, mit dem Gartenreich, mit der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, mit verschiedensten Trägern, mit dem Kietz, wir haben das Weill-Fest. Es gibt ungeheure Effekte, die sich jetzt auch im Kulturforum manifestieren. Darauf kann man als Bürger dieser Stadt stolz sein, es funktioniert und kann auch ausstrahlen. Es nützt uns allen etwas.

Oft würden Kürzungsmaßnahmen begründet mit dem demografischen Wandel. Es wird wie eine biblische Plage zitiert. Herr Bücke stelle hier fest, der demografische Wandel ist keine biblische Plage, sondern er ist auch händelbar, mit politischen Mitteln zu bewältigen und er ist auch durch etwas herbeigeführt worden. Indem die Theaterlandschaft dieses Bundeslandes kaputt gespart wird, halte man den demografischen Wandel nicht auf. Damit müsse endlich einmal aufgeräumt werden.

Abschließend benannte Herr Bücke ein Wort, welches er schon sehr oft vom Kultusminister gehört habe und welches er hiermit zum „Unwort des Jahres“ vorschlage. Es ist das Wort „Strukturanpassung“. Strukturanpassung bedeutet, Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken - das sind Strukturanpassungen.

Herr Bücke plädiere für den Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau in der jetzigen Form als 4-Sparten-Theater. Das Theater macht nur in seiner ganzen Wirkkraft, Ausstrahlung und seiner Qualität nur als 4-Sparten-Theater wirklich Sinn. An die Landtagsabgeordneten appelliere er, gegen diesen Entwurf zu stimmen und das Anhaltische Theater als 4-Sparten-Theater für die Zukunft zu erhalten.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner stellte fest, man befinde sich am Ende der Statements und der Diskussion und er rief zur Abstimmung über die Resolution auf.

4.2 Beschlussfassung zur Resolution zum Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau Vorlage: BV/239/2013/I-OB

Die Resolution zum Erhalt des Anhaltischen Theaters wurde einstimmig durch die Mitglieder des Stadtrates Dessau-Roßlau verabschiedet.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner bedankte sich für dieses einhellige Votum des Stadtrates und richtete ebenfalls einen herzlichen Dank an die fast 800 Menschen, die heute in dieses Theater gekommen sind und damit gezeigt haben, sie stehen solidarisch zu ihrem Theater.

5 Weitere Beschlussfassung 5.1 Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 Umgehende Fortsetzung der begonnenen Investition Vorlage: BV/245/2013/VI-66

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, ging auf die Fragestellung ein, die Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, aufgeworfen hatte. Es gebe in der Tat ein Risiko, aber es ist auch geübte Praxis, dass wir bei sehr vielen Projekten über einen vorzeitigen Maßnahmebeginn sprechen und vor der Maßnahme das Geld ausgeben. In diesem Fall vertraue man stark der Landesregierung und es sei auch noch nicht vorgekommen, dass diese uns sitzengelassen hat.

Es gebe vom Finanzministerium die Vorgabe, dass wir nur den vorzeitigen Maßnahmebeginn ausgeben sollen, wenn wir auch das Geld von Seiten der Landesregierung ausgeben wollen. Insofern ist ein theoretisches Risiko da, diesmal ein wenig höher als bei anderen Projekten, aber wir vertrauen darauf, insbesondere auch deshalb, weil wir insbesondere mit dem Minister als auch mit der Arbeitsebene gesprochen

haben. Die Arbeitsebene habe hier mit dem Landesverwaltungsamt und uns zusammengesessen und habe dann auch vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr abgefordert, dass wir das auch schriftlich bekommen, dass hier nach Wegfall der 8 Mio. € EFRE-Mittel die Finanzierung vom Land vorgesehen ist. Wir sollten auch noch in diesem Jahr die 4 Mio. € für die Ersatzbrücke bekommen, so dass wir diesen Aussagen der Landesregierung trauen.

Weiterhin führte **Herr Hantusch** aus, erstaunt darüber zu sein, dass die CDU-Fraktion diesen Vorstoß unternommen hat, weil ein Stadtrat von der CDU in mehreren Sitzungen letztendlich Horrorszenarien zu Recht oder zu Unrecht an die Wand gemalt habe, was passiert, wenn die Brücke nicht mehr befahrbar oder nur einspurig ist usw. Herr Hantusch glaube, dass wir überhaupt keine andere Alternative haben, sondern dass das, was mit dem Ministerium und Landesverwaltungsamt besprochen wurde, die einzige Alternative ist. Außerdem ist es so, wenn wir jetzt zu einer 6-wöchigen Verzögerung kommen, wir natürlich wieder in der Landespolitik aber auch Landesregierung als nicht zuverlässig dastehen. Herr Hantusch habe natürlich in den Verhandlungen mit dem Land immer wieder gesagt, dass hier ein Zeitdruck da ist, dass diese Brücke nicht ewig halten wird. Vor diesem Hintergrund habe man zugesagt, noch in diesem Jahr 4 Mio. € zu geben und in den weiteren Haushaltsjahren die restlichen Mittel einzustellen.

Dies sei Inhalt der Beschlussvorlage. Der Maßnahmebeschluss selbst war schon verabschiedet. Insofern ist es nochmals ein Aufzeigen, unter welchen Bedingungen wir arbeiten - unter der Bedingung des vorzeitigen Maßnahmebeginns. Herr Hantusch bat deshalb, nochmals zu überlegen, da man sonst zu weit in den Winter komme, wo es immer schwieriger wird, die Ersatzbrücke auch zu stellen. Die Verwaltungsspitze höre nicht auf die, die am lautesten rufen, sondern darauf, was ist gut für die Bürgerinnen und Bürger, was ist gut für den Handel und letztendlich für die Unternehmen. Das ist auch gut für unsere Stadt. Deshalb bat **Herr Hantusch**, für diese Vorlage zu stimmen, damit man weitermachen kann.

Hinsichtlich des genannten Zeitdrucks stellte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Frage, wem wir diesen Zeitdruck jetzt zu verdanken haben. Doch nicht zuletzt dem Procedere und der gescheiterten Ausschreibung Anfang diesen Jahres, wo allen warnenden Stimmen zum Trotz ein Verfahren durchgezogen wurde, das letztendlich - ein solches Vergabeverfahren vor der Vergabekammer brauche nun mal Zeit - effektiv satte 4 Monate Zeitverzug bedeutet hat. Das Ergebnis werfe uns weitere Monate zurück, wenn die Ausschreibung nochmals von vorn beginnen muss.

Was heute beschlossen werden soll, ist ein Stück weit eine Erhöhung des ursprünglichen Maßnahmebeschlusses von knapp 1,5 Mio. € ohne Beteiligung des zuständigen Fachausschusses. Weiterhin sollen runde 10,2 Mio. € beschlossen werden, deren Finanzierung nicht unterlegt ist. An der Stelle **frage** Herr Bönecke ausdrücklich **in Richtung Finanzdezernat**, welche Folgen hat ein Ausfall nur eines Teils eines Teiles dieser Finanzierung und wie kann das kompensiert werden. Er könne einen Risikobeschluss nicht fassen, wenn die Finanzierung des Risikos nicht im Rahmen der Beschlussvorlage mit aufgezeigt wird. Ansonsten habe er das Problem und frage, wer stehe dafür gerade, wenn die beauftragten Firmen mit ihren Rechnungen an der Rathaustür klingeln.

Es gehe bei dieser Diskussion aus seiner Sicht nicht darum, dass wir die Muldebrücke nicht dringendst brauchen. Das hat dieser Stadtrat wiederholt angemahnt und

wiederholt angemahnt, dass wir zunächst die zweite Muldebrücke bauen müssen, um genau dieses Desaster, das wir jetzt haben, zu vermeiden. Immer und immer wieder habe man aus der Verwaltung nur die Probleme gehört. In den seltensten Fällen gab es konstruktive zielstrebige Vorschläge, die es möglich gemacht hätten, genau die Situation, die wir jetzt haben, zu vermeiden.

Deshalb stehe die Fraktion heute hier und melde deshalb erhebliche Bedenken gegen diese Beschlussfassung an der Stelle an. Es wäre zumindest ein Gebot der Fairness gegenüber den Stadträten gewesen, diese Vorlage in den Ausschüssen zu diskutieren. **Herr Bönecke** sei bekannt, dass Sommerpause war, aber bereits am 7. August haben die Mitglieder des Hauptausschusses, die das heutige Hauptthema vorbereitet haben, davon erfahren, dass diese Vorlage in der Pipeline ist. Dazwischen lagen drei Wochen und er frage, ob es in diesen drei Wochen nicht möglich gewesen wäre, den Bauausschuss und auch den Finanzausschuss als die zwei wesentlichen zu beteiligenden Ausschüsse, wenn es um solche Volumina geht, im Vorfeld damit zu befassen. Die Stadträte werden ins kalte Wasser geworfen. Dies sei bei einem solchen Volumen ein wenig zu dünn.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Ersatz-Muldebrücke stellte sich **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, nach dem Hochwasser die Frage, ob die Schädigungen, die durch das Hochwasser entstanden, nicht ausreichen, um sie anzumelden und abzurechnen. Deshalb fragte er nach, ob eine Anmeldung dieses Schadens passierte und wenn ja, ist die heutige Beschlussvorlage unschädlich für eine Förderung aus dem Hochwasserschadensbeseitigungsfonds.

Es seien sehr intensive Gespräche gerade zu dieser Fragestellung geführt worden, entgegnete **Herr Hantusch**, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Da man auch noch ein anderes Projekt habe, was über 8,5 Mio. € läuft und sich die Landesregierung auch hier ziert, eine 80-%ige Förderung auszusprechen. Deshalb war es auch opportun, mit dem Landesverwaltungsamt, mit verschiedenen Ministerien und Ministern zu sprechen. Niemand würde aber etwas unterschreiben, was nicht rechtens ist, also der Schaden, der durch Hochwasser an der Muldebrücke verursacht wurde, liege round about bei ca. 50 T€. Diese werden jetzt im Verfahren angemeldet, insofern helfe es uns nicht weiter und die Muldebrücke muss einfach über das alte Verfahren abgewickelt werden.

Seines Erachtens ist diese Vorgehensweise alternativlos, insbesondere auch deshalb, weil uns nicht nur die Zeit wegrennt, sondern die Frage ist einfach, wie lange können, wie lange wollen wir warten. Man hätte vielleicht ein wenig mehr Sicherheit, wenn der Haushalt der Landesregierung abgewartet würde. Das wäre Ende des Jahres. Im Moment könne aber nicht abschließend gesagt werden, wie lange die Brücke in der Tat halten wird. Man habe alles getan, um sie noch zu halten, es wurde Schwerlastverkehr heruntergenommen, trotzdem fährt er darüber, es wurde die Tonnage auf 18 t begrenzt. Man wisse aus Zusammenkünften mit dem Handel und der Wirtschaft, dass hier erhebliche Einbußen bereits stattfinden. Man tue gut daran, die Ersatzbrücke so schnell wie möglich aufzustellen und zu einer 3-spurigen Führung nach Dessau oder von Dessau zur Autobahn zu kommen, weil damit die Situation für den Handel und die Unternehmen erheblich verbessert wird.

Bis heute kenne er die Ergebnisse der Brückenprüfung nicht, bemängelte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Das wäre aber eine wesentliche Voraussetzung, um

einschätzen zu können, was sich evtl. durch das Hochwasser verändert hat. Hierzu bitte er um Informationen.

Die Aussage, dass mit dem wirksamen Widerruf des Zuwendungsbescheides die bereits erteilte Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn wieder auflebt, könne er nicht bestätigen. Diese lebe nicht auf, weil es andere Zeiträume und andere Finanzierungsquellen sind. Es könne nicht vorausgesetzt werden, dass das Land sagt, dass der Maßnahmebeginn unschädlich ist. Hier hätte er eine klare Positionierung des Landes erwartet, damit wir eine entsprechende gültige Vorlage bekommen. Es werde auf einen Bescheid des Landes aus dem Jahr 2012 verwiesen, waszu riskant sei bei der Höhe der Kosten. Alle Stadträte wollen die Brücke und keiner verzögert den Bau absichtlich, aber die Verwaltung müsse für alle nötigen Beschlüsse sorgen. So wie heute die Sondersitzung für das Theater stattfindet, hätte auch eine Sitzung des Bauausschusses stattfinden können, um das ordentlich vorzubereiten.

Die Brücke ist seit ihrem ersten Maßnahmebeschluss um 28 % teurer geworden. Als einige Stadträte beim Landesverwaltungsamt waren, um auszuloten, ob man nicht das Landesverwaltungsamt bewegen kann, ein Planfeststellungsverfahren für ein Umschwenken auf die Behelfsbrücke als richtige Brücke einzuschwören, ist vom Chef der Vergabekammer der Hinweis gekommen, wenn wir durch das Hochwasser schon Tonnagebeschränkungen ausschreiben könnten, sei Gefahr im Verzug. Dann könnte man als Stadt das Vergabeverfahren auch verkürzen mit einem beschränkten Vergabeverfahren. **Herr Otto** fragte, ob so etwas von der Verwaltung geprüft wurde. Auch dazu gebe es keine Aussagen. Das wären alles Möglichkeiten, um die Dinge schneller voranzubringen. Insofern plädiere er dafür, das in einer Bauausschusssitzung zu diskutieren und wenn sich der Stadtrat einig ist und die Risiken für alle klar definiert sind, könne man in einer Sondersitzung auch schnell zu einem Beschluss kommen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, das Stück heiße nicht das Theater geht weiter, woran er sich nicht beteiligen wolle. Es sei legitim zu hinterfragen, aber nicht, die Verwaltung einem Verhör zu unterziehen, wie das jetzt stattfindet und alles in Frage zu stellen und bisher Gesagtes nicht zur Kenntnis zu nehmen. Es ist informiert worden über die Tatsache, dass man versucht hat, die Brücke als Schadensfall für den Hochwasserfall zu sehen. Das sei vom Land abgelehnt worden. In Anbetracht des Vorlaufs an Planungen, was normal sei und logisch, kann man im Nachgang nicht etwas sanktionieren, was nicht wirklich so passiert ist.

Der tatsächliche Schaden belief sich wie genannt auf 50.000 Euro. Insofern sei man im normalen Ablauf des bisherigen Planungsverfahrens. Es war Ziel, im Rahmen zu bleiben und keine Aufnahme zu starten, weil dies weiteren Zeitverzug bringt. Den Bürgern dieser Stadt könne man nicht mehr vermitteln, dass es nicht schleunigst wie von seiner Fraktion seit 2 Jahren gefordert, zumindest für den Worst-Case eine Ersatzbrücke gibt.

Bei allen anderen Dingen sei man auf einem guten Weg. Deshalb solle man aufhören, sich gegenseitig in Abrede zu stellen, Dinge zu unterstellen und unfair miteinander umzugehen. Man habe im Zuge der Diskussion um das Abwahlverfahren von Herrn Hantusch die Botschaft von Herrn Koschig vernommen, dass die Verwaltung zukünftig eine andere Zusammenarbeit pflegt. Das danach Aufgelegte sprach diese Sprache. **Herr Schönemann** habe keinen Anlass daran zu zweifeln, weshalb er dieser Vorlage zustimmen werde.

Herr Otto, Fraktion Pro-Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses auch nicht über die Brückenprüfung informiert wurde und er es auch aus keinem anderen Ausschuss kenne. Dass Herr Schöne- mann eine Sonderinformation hat sei ihm klar, was aber nicht für alle vorausgesetzt werden könne.

Die **CDU-Fraktion** weiß, dass die Brücke gebraucht wird, merkte **Herr Rumpf** an. Deshalb wolle man sie auch nicht verzögern oder verhindern. Es wurden aber schon bei geringeren Summen Sonderausschusssitzungen einberufen. Auch er habe nur zur letzten Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses die kurze Informati- on erhalten, dass noch eine Beschlussvorlage zur heutigen Sitzung eingebracht wird. Dieses Thema hätte schon mit auf die Sondersitzung des Haupt- und Personalaus- schusses gesetzt und dort informiert werden können. Nun soll heute in einer Millio- nenhöhe ein Beschluss gefasst werden, ohne konkret die aufgeworfenen Fragen be- antwortet zu haben. Deshalb wurde die Vertagung beantragt und man hätte auch den Stadtrat einberufen können.

Um Details abzufragen und für seine Entscheidung Detailwissen zu erlangen, brau- che er kein Brückeningenieur zu sein, merkte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, an. Über die Brücke werde seit ewigen Zeiten diskutiert, es gab Probleme, die benannt wurden und jetzt müsse man zu einer Lösung kommen. Wenn man jetzt zu einer Sonderausschusssitzung zusammenkomme, werde man nicht großartige Neuigkei- ten erfahren. Es würden sicher dieselben Informationen sein, wie sie auch am heuti- gen Tag vorliegen. Wenn wir jetzt weitere Zeit vergehen lassen, unsere gesamte Terminkette, die auch mit Ausschüssen in Verbindung stehe über Bord werfen und Sonderausschüsse machen, verzetteln wir uns. Wir haben für heute die Unterlagen erhalten und hatten Zeit, uns darauf vorzubereiten. Deshalb bitte er darum, heute abschließend über die Vorlage abzustimmen.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte dar, ein Stück weit gespalten zu sein. Auf der einen Seite ist er der Auffassung, aufgrund des Bauvorhabens sollte das in den Fachausschüssen diskutiert werden. Andererseits bestehe ein Zeitprob- lem, was allerdings nicht allein auf die Verwaltung zurück gehe, sondern auch auf den politischen Raum, der durch widersprüchliches Abstimmungsverhalten eine zeit- liche Verzögerung herbeigeführt hat, woran auch die Fraktion Pro Dessau-Roßlau beteiligt war. Er könne nicht erkennen, welche Erkenntnisse wir in 2 Wochen haben sollten. Wie soll man in 2 Wochen wissen, woher das Geld kommt und wer uns die Gewissheit gibt, dass der Ausfall dann nicht kommen wird. **Herr Busch** schließe sich den Worten von Herrn Hartmann an und fragte, ob die Kämmerei dazu in der Lage ist in dieser Zeit zu erarbeiten, wo das Geld, wenn es nicht fließen sollte, herkommen soll. Er bat Frau Wirth um entsprechende Ausführungen. An Herrn Hantusch ge- wandt fragte er, ob es eine Alternative wäre, wenn man sich in 2 Wochen noch ein- mal dazu berät. Er sei auch der Auffassung, dass eine gewisse Fairness an den Tag gelegt werden sollte.

Die Fahrt zum Verkehrsminister war keine Vergnügungsreise, das Vergabeverfahren war kein Einzelfall und schon lange kein Dessauer typischer Fall, erklärte **Herr O- berbürgermeister Koschig**. An diese Gespräch habe dankenswerter Weise auch der Stadtratsvorsitzende teilgenommen. Seitens des Ministers Webel wurde erklärt, dass es in unserem Land aufgrund der Komplexität der Vergabeverfahren und des

steigenden Wettbewerbs in der Branche Fälle mit bis zu 4 Jahren Verzögerung gibt. So habe sich der Anschluss an die A 38 zur Thüringenautobahn 1 Jahr verzögert, hier ging es lediglich um Leitplanken, wo das Vergabeverfahren ins Stocken gekommen war.

Wir mussten nach Magdeburg fahren, weil wir die Europamittel nicht mehr fristgerecht abrufen und sie zurückgeben mussten. Gemeinsam mit dem Verkehrsministerium haben wir nach einer Lösung gesucht und gefunden. Im Gegenzug, dass die europäischen Mittel zurückgegeben wurden an das Ministerium, versucht dieses, die Mittel an anderer Stelle noch termingerecht auszugeben und hat uns diese Entflechtungsmittel zugesagt. Diese Zusage konnte aber noch nicht schriftlich gegeben werden, weil der Landshaushalt 2014 noch nicht beschlossen wurde. Auch die Verpflichtungsermächtigung für die folgenden Jahre kann uns noch nicht schriftlich ausgereicht werden. Insofern mache es keinen Sinn, jetzt eine Sondersitzung durchzuführen, weil man keinen Erkenntnisgewinn habe, was auch Herr Busch dankenswerter Weise gesagt hat. Auch zur nächsten Stadtratssitzung am 9. Oktober 2013 werde man keine neuen Erkenntnisse haben.

Wir können anfangen, es bleibe ein Risiko, aber die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft unserer Stadt, haben einen Anspruch darauf, dass der Stadtrat genau wie eben, Schulter an Schulter gemeinsam zum Wohle dieser Stadt steht, damit dieses Problem endlich gelöst werden kann.

Hinsichtlich der angesprochenen Kurzfristigkeit erklärte **Herr OB Koschig**, dass er nach Rückkehr aus seinem Urlaub am 5. August vom Beigeordneten Hantusch über den Stand der Dinge informiert worden war und dass eine Vorlage für den 9. Oktober in Arbeit ist. Hier habe Herr Koschig vorgeschlagen, schon in der Sondersitzung des Hauptausschusses zu informieren, dass die Vorlage heute vorgelegt wird, um so mehr Tempo in das Verfahren zu bekommen. Er bat zu entschuldigen und um Verständnis, dass in Anbetracht der Ladungsfristen zwischen dem 7. August und dem heutigen Tag keine weitere Sondersitzung anberaumt wurde, da auch die meisten Kollegen im Urlaub waren. Da die Gesamtproblematik bestens bekannt ist, die Maßnahmebeschlüsse vorliegen, sich jetzt noch eine günstigere Finanzierung darstelle, sei man in der Verwaltungsspitze davon ausgegangen, das heute guten Gewissens beschließen zu können, wohl wissend, dass ein Risiko bleibt.

Dass durch die Gespräche mit dem Verkehrsministerium, die auch im Zusammenhang mit dem Hochwasserschäden von ihm persönlich teilweise geführt wurden, eine bessere Hochwasserfinanzierung für die Brücke zu bekommen wäre, gehe aus rechtlichen Gründen nicht. Man könne aber abnehmen, dass auch das versucht wurde. Nachdem man diese Klarheit hatte, gehe man gern den nächsten Schritt, um wenigstens die Ersatzbrücke zur verkehrliche Entlastung hinstellen zu können. Herr Koschig bat darum um Zustimmung.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, stellte den **Antrag auf Schluss der Debatte**. Diesbezüglich bestand keine Gegenrede.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erinnerte an seine Frage, wer bezahlt, wenn die Mittel nicht kommen. Heute wurde oft vom vorzeitigen Maßnahmebeginn und der Genehmigung gehört. Es wäre angezeigt gewesen, dass uns heute in Schriftform entweder eine Aussage vom Landesverwaltungsamt vorliegt, dass der vorzeitige Maßnahmebeginn aus dem Jahr 2011 durch die Rückgabe der Mittel wieder aufgelebt ist oder aber als zweite Alternative eine Genehmigung für einen neuen

vorzeitigen Maßnahmebeginn, falls man das rechtlich in der Form hätte nicht klären können. Beides liege nicht vor, sondern ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes von vor über einem Jahr. In diesem wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden kann und das sei die übliche Form eines vorzeitigen Maßnahmebeginns.

Auf die Risiken, auf die man an der Stelle eingehe, wolle **Herr Bönecke** verweisen. Selbst in der Begründung der Vorlage steht: „...kann nur erteilt werden, wenn mit hinlänglicher Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass ausreichend Haushaltsmittel für die Bewilligung zur Verfügung stehen.“ Es stehe nicht drin, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass die Bewilligung erfolgt, was ein wesentlicher Unterschied sei.

Die Fraktion werde sich nicht gegen diese Vorlage sperren, weil der Zustand in den Gebieten östlich der Mulde nicht weiter gefährdet werden soll. Der Vorlage werde aber auch nicht zugestimmt, weil das die Form des geringst möglichen Protestes gegen die Art und Weise des Verfahrens und das Risiko dessen ist.

Frau Wirth, Leiterin der Kämmerei, ging auf das mehrfach angesprochene Risiko ein und verwies auf die Seite 6 der Beschlussvorlage. Hier ist die neue Aufgliederung für die Realisierung des Vorhabens dargestellt. Die Ausgaben sind gegliedert von 2013 bis 2016. Im Jahr 2014 wird von 7,3 Mio. € geredet, im Jahr 2015 von 6,2 Mio. € und im Jahr 2016 von 2,2 Mio. €. Dargestellt ist der Worst-Case, dass die Stadt diese Ausgaben aus Eigenmitteln finanzieren muss. Die beste Variante, die jetzt abgestimmt ist, finde man in der Tabelle, letzte Spalte, als Eigenmittel der Stadt.

Natürlich haben die Stadträte mit dem Haushalt 2013 eine Unterteilung der investiven Maßnahmen 2014 bis 2016 bereits mittelfristig beschlossen. Wenn dieser Worst-Case auf die Stadt zukommt, gebe es im Prinzip zwei Varianten. Entweder werden avisierte Maßnahmen zugunsten dieser Brücke zurückgestellt oder, falls das nicht möglich ist, weil es eine begonnene Maßnahme ist und weil Fördermittel aufs Spiel gesetzt werden, es habe unter Umständen eine Kreditaufnahme zur Folge. Ebenfalls müsse aber abgewogen werden, nämlich wenn das Verfahren heute aufgehalten wird, sind damit die Risiken verbundenen, dass sich das verzögert und die avisierten Fördermittel für den ersten Abschlag auch in Frage stehen.

Die Vorlage wurde zur Abstimmung gestellt und beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 26:00:12

6 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 16.09.13

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer
Schriftführerin